

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Aus.

Abonnementspreis 80 Hg. pro Monat, 1,50 Mt. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die sieben spaltige Kolonne resp. deren Raum 1.- Mark.

Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphen-Adresse: **Arbeiterverband Bochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Essen.** Druck u. Verlag von **Sansmann & Co., Bochum, Diemelhauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Zechen-Sperre.

Die Krise — ha, ein schlimmes Wort!
Der Bergmann kennt es zur Genüge —
Er weiß, nun fällt die Maske fort,
Womit sich sonst verlarvt die Lüge. —
Die rohe Macht herrscht nun brutal,
Und Folge für ihn — Not und Qual. —

Man spinnt nun, wie man früher spann,
Das Netz zum selben Zwecke wieder —
Es soll, es darf der Arbeitsmann
Nicht frei verkaufen seine Glieder. —
Hier zeigt die Sperre ihre Macht —
Er ist gebannt auf einen Schacht. —

Dann „reguliert“ man ihm den Lohn,
Man bricht nicht ab, nein, Gott bewahre —
Doch sagt dazu der Bergmannshohn,
Es gleiche sich auf's wunderbar. —
Was soll's — wird nur gelähmt der Mut!
Und dazu ist die Sperre gut. —

Und trotz der Mann, und geht er doch;
So kann wie Ahasver er wandern
(Ihm bleibt gesperrt jedes Loch)
Von einer Zechen zu der andern. —
Er kommt, er zeigt den Abkehrschrein
Und — kein Betriebsherr stellt ihn ein. —

So wird der Bergmann drangsalirt,
Und will sein schönes Joch er brechen;
Dann ist „verhezt“ er und „verführt“ —
„Mißstände gib's nicht auf den Zechen“ —
Er ist ja Fröner nur und Knecht
Und über ihm steht Herrenrecht. —

H. K.

Wo ist die Wahrheit?

Die Widersprüche häufen sich!

Als unlängst schon vor vierzehn Tagen veröffentlichte Anfrage: hat die Gewerkeinsdeputation der Zentrumsfraktion die Annahme des verhängten Knappschäfts-Novelle angetragen, wie Herr Giesberts am 18. Januar d. J. im Reichstag behauptete, oder hat die Gewerkeinsdeputation die Ablehnung des verhängten Gesetzes empfohlen, wie den Bergleuten stets gesagt worden ist? — auf diese Anfrage haben wir bisher von keiner kompetenten Stelle Antwort erhalten! Weber der Gewerkeinsvorstand, der die Deputation nach Berlin geschickt hat, noch die offizielle Zeitung der Zentrumsfraktion hat geantwortet. Beide Körperschaften hüllen sich in bereites Schweigen.

Dagegen versucht die liberale Presse in bekannter Manier durch Drümmerreden und lästerliches Schimpfen die Aufmerksamkeit von der Wahrheit, in der sich die Liberalen befinden, abzulenken. Nichts zu machen! Die Pappentzettel kennen wir. Wir haben das Recht, klipp und klare Auskunft über die Vorkommnisse zu verlangen, deren Endegebnis eben die total verhängte Knappschäfts-Novelle ist. Die Bergleute haben ein Recht darauf, zu wissen, von wem sie in der unerhörtesten Weise betrogen worden sind!

Allerdings haben einige Gewerkeinsagitatoren der Rede Giesberts eine kühne Deutung zu geben versucht. Die Gewerkeinsagitatoren Tipp-Rothhausen, Meisinger-Essen und andere Gewerkeinsagitatoren erklärten in den Versammlungen am 2. und 9. Februar: Giesberts habe — „sich versprochen!“ Giesberts, dieser neben seinem Freunde Weust am meisten gefeierte christlich-nationale Geistesfürst soll sich „versprochen“ haben, als er im Reichstag behauptete, die Gewerkeinsdeputation (Effert, Zimbisch, Julmann und Berger) hätten der Zentrumsfraktion geraten, dem verhängten Gesetz zuzustimmen. Sonderbar, höchst unübersehbar! Giesberts hat aber nicht einmal, sondern zweimal ausdrücklich die Gewerkeinsdeputation beschuldigt, für die Annahme des Gesetzes seitens der Zentrumsfraktion mitverantwortlich zu sein! **Zweimal** hat Giesberts dies von der Reichstagstribüne herab behauptet, zum zweiten Mal, nachdem unsere Kameraden Sachse und Hue konstatiert hatten, daß die Gewerkeinsdeputation nicht mit der Gesetzesannahme einverstanden seien und die Ablehnung gefordert hätten.

Schließlich hat auch der Zentrumsabg. Brust in seiner „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 27. Januar geschrieben: Giesberts hat Recht, die Gewerkeinsdeputation hat der Zentrumsfraktion die Gesetzesannahme angetragen. Und zum Ueberflus wird noch in einem aus der „Gladbacher Zentrale“ stammenden Zeitungsartikel erklärt, die Zentrumsfraktion könne sich auf die Gewerkeinsdeputation berufen, die habe auch die Gesetzesannahme gutgeheißen! Da man doch von einem „falschen Zungenjoch“ nicht geredet werden.

Wir fragen alle Kameraden, ganz gleich welcher Organisation sie angehören, ob sie nicht der festen Ueberzeugung gelobt haben, die Gewerkeinsdeputation habe die Ablehnung des verhängten Gesetzes empfohlen! Das Gegenteil ist auch niemals von der Gewerkeinsdeputation, die doch die Deputation beauftragte, mitgeteilt worden.

Hätte die Gewerkeinsdeputation sich so verhalten wie Herr Giesberts ihr nun in's Gesicht schleudert, dann würde der „Bergknappe“ schon längst um Unschuldige zu schüßen, erklärt haben: „Die „Bergarbeiter-Zeitung“ hat kein Recht, der Zentrumsfraktion vorzuwerfen, sie habe auch gegen den Willen der christlichen Gewerkeinsdeputierten die „Bergarbeiter-Zeitung“ hat seit Annahme des Gesetzes (1906) wohl überdies dem Zentrum den Vorwurf gemacht, es habe auch die Wünsche der christlich-organisierten Bergleute mißachtet, als es für das

verhängte Gesetz stimmte. Mit keinem Wort hat der „Bergknappe“ auch nur angedeutet, daß wir uns im Irrtum befänden. Was für Schlüsse sind daraus zu ziehen?

Um die Sache noch verworrener zu machen, verbreitet die Zentrums-Deputation einen Bericht über eine Rede Efferts, gehalten in einer Bergarbeiter-Versammlung am 9. Februar bei Fischelberg-Bochum. Wir zitieren nach der „Münchener Volkszeitung“:

„Effert erklärte die Annahme für irrig, die Deputation habe das Zentrum bearbeitet, um für die Knappschäfts-Novelle zu stimmen. Die Deputation sei mit allen Parteien des Landtages ins Einvernehmen getreten, um die geheime Welterneuerung und die Wählbarkeit der Invaliden zu retten. Die Vertreter der Konservativen und der National-Liberalen erklärten sich gegen die geheime Wahl. **Ueber die Zusammenkunft der Deputation mit den Kommissionsmitgliedern des Zentrums machte Effert interessante Mitteilungen.** Er habe sich für eine Ablehnung der Knappschäfts-Novelle erklärt. Es sei ihm aber entgegengesetzt, die Knappschäfts-Novelle eine Grundlage, auf welche eine Ordnung des Knappschäftswesens zu erstreben sei, einige Knappschäftsvereine ständen vor dem Bankrott. Lehne man nach dem Zustandekommen des Kompromisses die Vorlage ab, dann werde auf lange Zeit hin jede Gelegenheit genommen, eine Regelung des Knappschäftswesens herbeizuführen. Die Regierung gehe nicht an den Reichstag. Das Zentrum werde aber im Reichstage den Kampf um ein Reichsberggesetz fortsetzen. Das Zentrum müsse der Vorlage zustimmen, weil nur dann die übrigen Parteien eine die Bergarbeiter ungemein schädigende Bestimmung aus der Vorlage fallen lassen wollten, nämlich die Vertretung der Grubenbeamten im Knappschäfts-Vorstande durch einen Beamten auf der Seite der Arbeitervertreter. Lehne das Zentrum den Kompromiß ab, werde diese Bestimmung die Bergarbeiter im Knappschäfts-Vorstande einrichten, indem bei Abstimmungen der Beamte mit den Werksvertretern stets die Mehrheit bilde: 18 gegen 14. **Effert erklärte, als Politiker leuchte ihm die Begründung für das Vorgehen des Zentrums bei der Beratung der Knappschäfts-Novelle ein, als Gewerkschaftler sei er für Ablehnung, gestand aber ein, daß sich trotz des Zwangsstatuts in den letzten Wochen die Stimmen für die Annahme der Novelle gemehrt (Wo sind die Stimmen? D. Red. d. Bergarb.-Ztg.) hätten, weil vom Reichstage unter den obwaltenden politischen Zuständen nichts zu erwarten sei.**“

Daraus geht auch nicht hervor, wie die Gewerkeinsdeputation, deren Führer Johann Effert war, sich in der entscheidenden Frage verhalten hat. Daß die Gewerkeinsdeputation „das Zentrum bearbeitet“ habe zugunsten der verhängten Knappschäfts-Novelle ist unseres Wissens noch nie behauptet worden. Wie kommt Effert zu dieser ganz neuen Lesart? Er kennt ja die Stenogramme, weiß deshalb recht gut, worauf es ankommt. Worauf soll die Rede von „bearbeiten“ hinauslaufen? Alles das, was nach dem Zentrums-Vorbericht Effert zugunsten des Zentrumsstandpunktes anführt, das hat Effert selbst gegen Brust im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ vom 7. Mai 1906 schon blühend widerlegt. Damals — also wenige Tage vor der Annahme des Gesetzes — schloß Effert seinen Artikel im „Zentralblatt“:

„Wäre man die Bergleute in einer Urabstimmung über die Knappschäfts-Novelle, wie sie in der Kommission verfaßt ist, befragen — wir sprechen das hier offen aus — sie würde mit wichtiger Majorität abgelehnt werden, auch von den christlichen Bergleuten.“

Das war und ist auch unsere Ansicht; nur ihr hat Kamerad Hue im Reichstag Ausdruck verliehen, worauf dann Giesberts **zweimal** behauptete, die Gewerkeinsdeputation (Effert, Zimbisch Berger und Julmann) hätten trotzdem die Gesetzesannahme angetragen! Wer löst diese krausen Widersprüche?

Wenn Kamerad Effert in der Bochumer Versammlung gesagt hat, „als Politiker“ leuchte ihm das Vorgehen des Zentrums ein, „als Gewerkschaftler“ sei er für Ablehnung des Gesetzes, so will uns diese „Zweifelstheorie“ durchaus nicht einleuchten. Für uns handelt eine Partei oder eine Personenzahl, die sich im Widerspruch mit einer Arbeiterforderung befindet, unbedingt **arbeiterfeindlich**. Das Knappschäfts-Gesetz sollte alte Arbeiterforderungen bewilligen, sie sind erhoben und begründet von den Bergleuten aller Parteien. Es ist einfach unverständlich, wie einem Gewerkschaftler „als Politiker“ etwas „einleuchten“ kann, was er „als Gewerkschaftler“ für arbeiterfeindlich hält. Unschönend merkt Kamerad Effert auch gar nicht, daß er mit seiner eigenartigen Auffassung von der „Politik“ der Zentrums-Partei das Zeugnis ausstellt, sie treibe aus politischen Erwägungen eine arbeiterfeindliche Politik!

Zudem sind auch wir in Besitz eines Berichtes über die Effertsche Rede gekommen. Nach unserem Bericht hat Effert auch ausdrücklich erklärt:

„Die Deputation habe ihren Einfluß dahin geltend gemacht, daß das Gesetz nicht zustande käme!“

Diese Worte entsprechen der Haltung, die während der Gesetzesberatung und nach der Gesetzesannahme von den Gewerkeinsvertretern in der Presse und in den Versammlungen eingenommen worden ist. Nach Efferts Erklärung hätte Herr Giesberts im Reichstag die Unwahrheit gesagt! **Giesberts hätte dann — „als Politiker“ — die Gewerkeinsdeputation und den Kameraden Hue zu Unrecht beschuldigt! Giesberts hätte dann — „als Politiker“ — die Gewerkeinsleitung bloßgestellt, um die Zentrums-Partei zu decken!** Famoser Arbeiterverrat. Kamerad Effert sagt nach den stenographischen Aufzeichnungen unseres Berichterstatters aber weiter:

was Hue im Reichstag gesagt hat, sei wahr!!! Nur hätte Hue das nicht bei dieser Gelegenheit sagen sollen, das „ist unklar gewesen“. Wir glauben nicht, gerade in den Kameraden

Effert den Mann erblicken zu sollen, der sich zum Jenseit über „Achtung“ oder „Unklugheit“ aufwerfen darf. Jedemfalls sind alle denkenden Arbeiter „als Politiker“ und „als Gewerkschaftler“ der Ansicht, wenn Schlimmes gegen die Arbeiterinteressen verübt werden soll oder geworden ist, so muß dem Volke die Wahrheit gesagt werden, ganz egal ob sich irgend ein Parteimann auf die Hüftenaugen getreten schließt oder nicht. Wer sich „als Politiker“ gegen die Arbeiterinteressen verschwört, gleichgültig welche Partei in Betracht kommt, ein Arbeitervertreter muß es getheilen. Effert selbst erklärt ja, Hue habe die Wahrheit gesagt. Mehr kann er nicht tun.

Gebannt führte Effert nach unserem Bericht aus: „Der Zwischenruf Giesberts (1), wonach die feinerzeit gewählte christliche Gewerkeinsdeputation — woran er (Effert) selber beteiligt gewesen sei — die Aufgabe gehabt hätte, das Zentrum für das Knappschäfts-Gesetz unzustimmen, entspreche nicht der Wahrheit. (1) Er habe bereits mit Giesberts darüber Rücksprache genommen und es werde Giesberts in Kürze Gelegenheit nehmen in der Presse seine im Reichstag gemachten Äußerungen Hue gegenüber zurückzunehmen.“

Das ist ja hochinteressant! Von einem „Zwischenruf“ kann nicht gesprochen werden, denn wie schon wiederholt betont, Giesberts hat **zwei** mal das Wort ergreifen und **zwei** mal die Gewerkeinsdeputation beschuldigt, dem Zentrum die Gesetzesannahme angetragen zu haben. Auch von „unzustimmen“ ist im Reichstag nicht geredet worden. Hier treffen wir wieder auf die neue Lesart. Nach dieser sieht es fast so aus, als ob die Zentrumsfraktion gegen das schlechte Gesetz gewesen sei, und die Gewerkeinsdeputation habe die Fraktion „begeißelt“ oder „unzustimmen“ versucht für das verhängte Gesetz. Das anzunehmen wäre Tollheit; so ist auch von keiner Seite die Sache dargestellt worden.

Über nun erscheint schon wieder ein anderes Bild auf der Platte! Gewerkeinssekretär Effert bestreitet („Offener Volkszeitung“ vom 15. Februar) die Richtigkeit der Zeitungsberichte über seine Rede bei Fischelberg in Bochum. Effert will nicht gesagt haben, Giesberts werde seine Behauptungen zurücknehmen, will nicht gesagt haben, die Gewerkeinsdeputation habe gegen die Annahme des verhängten Gesetzes gewirkt, will nicht gesagt haben, Hue habe die Wahrheit gesprochen, aber die Unwahrheit soll Hue auch nicht gesagt haben. Effert will ferner von der Interpellations-Besprechung in der Siebenerkommission nicht das gesagt haben, was in der „Rhein-Westf. Zeitung“ steht. Dies man wiederholt die neueste Effertsche Erklärung, dann weiß man am Ende immer noch nicht, was er denn eigentlich in der Bochumer Versammlung geredet haben will. Bezeichnend ist nämlich, daß der Gewerkeinssekretär nicht nur unserem Berichterstatter Jerschner oder Unwahrheiten vorwirft, sondern auch der Berichterstatter der national-liberalen „Rhein-Westf. Ztg.“ und sogar der Berichterstatter für die Zentrums-Presse, alle drei sollen Effert falsch verstanden oder Lügen berichtet haben! Wie vorher ausgeführt, haben schon andere Gewerkeinsbeamte erklärt, **Giesberts habe sich „versprochen“**. Nun kommt der Deputationsführer Effert her und schreibt die Äußerungen Giesberts seien berechtigt! Dabei läßt es Effert trotzdem unklar, ob denn er bezw. die von ihm geführte Deputation die Annahme des verhängten Gesetzes gutgeheißen hat! **Warum kein offenes Ja oder Nein!**

Da Kamerad Johann Effert in seiner Erklärung nicht unterlassen hat, den Vertretern des Bergarbeiterverbandes wegen ihrer Haltung gegen das Gesetz unlaute, mißbesten parteipolitische Motive zu unterstellen, Effert gleichzeitig die Haltung des Zentrums (1) zu verteidigen versucht auf unsere Kosten, so sind wir genötigt, den Kameraden Effert zu bitten, die Disziplin der Wissenschaften, seiner allzu dreisten Belastungsprobe auszuweichen! Es geht doch nicht an, im Vertrauen auf die Verschwiegenheit der Wissenschaften sich diesen gegenüber öffentlich als ein Beschöniger des Zentrumsverhaltens aufzuspielen, gleichzeitig uns unlaute Absichten unterzuschleichen. **Bevor Effert darüber geredet hat, ist noch von keinem Verbandsvertreter, von keinem Vertreter der polnischen Vereinigung und auch von keinem Vertreter des Girsch-Dunderschen Gewerkeins über die Besprechungen der Interpellation in der Siebenerkommission geäußert worden, weder in Versammlungen noch in der Presse!** Was die Siebenerkommissionsmitglieder zur Erklärung der jetzigen Situation über die „Arbeiterfreundlichkeit“ den Landtagsparteien während der Beratungen über die Statutenreform gesagt haben, davon hat **noch kein Verbandsvertreter, noch kein Pole und kein Girsch-Dunderscher Gewerkeinsvertreter** Gebrauch gemacht. Was z. B. die Verbandsvertreter in der Siebenerkommission vertreten, das entspricht selbstverständlich genau dem Standpunkt, den wir auch öffentlich in der „Bergarbeiter-Zeitung“ und in unseren Versammlungen einnehmen. In der Siebenerkommission wird natürlich kein „vertrauliches Material“ vertuscht wie in den Landtagsdunkelkammern. Dazu würde sich **kein** Mitglied der Siebenerkommission hergeben. Führt aber Effert fort, „den sozialdemokratischen Verband“ zwecks Verteidigung der Zentrums-Partei zu verdächtigen, dann mag sich Kamerad Effert daran erinnern, daß es eine Pflicht der Notwendigkeit gibt. Er kann uns nicht den geringsten Vertrauensbruch nachweisen, er sollte schon deswegen nicht die kollegiale Disziplin einer unvertäglichen Belastungsprobe unterziehen. Hoffentlich verweist uns der Kamerad Johann Effert, ohne daß wir ihm „in's Ohr flüstern“.

Die Knappschäftsmitglieder — auch die christlich-organisierten — haben bis zum 18. Januar 1908 geglaubt, so wie der Gewerkeinsvorstandsbeschluß vom 11. April 1906 lautet, so wie der „Bergknappe“ am 7. April 1906 und später wiederholt schrieb, so wie der Generalsekretär Effert vor dem Gewerkeins am 7. Mai 1906 im „Zentralblatt“ (schr.) so wie in ungeschätzlichen Versammlungen die Gewerkeinsredner geschrien, so und nicht anders hätte die vom Gewerkeinsvorstand nach Berlin geschickte Deputation ihre Mission ausgeführt. Bis zum 18. Januar 1908 haben **alle Knappschäftsmitglieder** darauf vertraut, daß die Gewerkeinsdeputation für die **Ablehnung des verhängten Gesetzes** gemirrt habe.

Und am 18. Januar 1908 erklärte plötzlich von der Reichstagsfraktion herab im Namen der Zentrumsfraktion der Abgeordnete Giesberts: Die Gewerkevereinsdeputation hat die Annahme des Gesetzes gutgeheißen! Ist das wahr, dann: wo bleibt Treu und Glauben? Wenn es Unrecht getan worden, der Zentrumsfraktion oder der Gewerkevereinsdeputation? Danach diese entscheidende Frage beantwortet wird, bekommt die Bewegung der Bergarbeiter gegen das verunglückte Gesetz ihr besonderes Gepräge. Welche Seite hat gelogen, wie sagte die Wahrheit? Wir wollen keinen Menschen die Schuld aufbürden, wenn er unschuldig ist. Deshalb fragen wir nochmals bringend die kompetenten Stellen: Hat die Gewerkevereinsdeputation, entgegen den Organisationsbeschlüssen und dem Willen der Vergleute, der Zentrumsfraktion die Annahme des verunglückten Gesetzes angetragen? Oder hat Herr Giesberts die Unwahrheit gesagt? Die ganze Arbeiterchaft wartet auf Antwort.

Gewerkevereinsvertreter im bayerischen Landtag.

Von einem bayerischen Kameraden wird uns geschrieben: Die Knappschäftsdebatte im deutschen Reichstag haben die bayerischen Kameraden natürlich aufmerksam verfolgt, sind wir doch auch für eine reichsweite Regelung der Knappschäftsangelegenheiten. Wir haben uns gar nicht gewundert über das Auftreten des ultramontanen Gewerkevereinsführers Giesberts. Wir sind in Bayern in dieser Hinsicht gar nicht verwöhnt. Bei der Landtagswahl sind die vom Zentrum aufgestellten christlichen Gewerkevereinskandidaten im Lande unihergereist und haben die schäblichsten Sprüche gemacht. Sie sagten den Arbeitern, lange genug habe es an christlich-nationalen Arbeitervertretern in unserer Landtagskammer gefehlt. Wollte der Arbeiterstand ebenso energisch seine Interessen gewahrt haben wie der Mittelstand und der Bauernstand, dann gehörten sich tüchtige, rüdenstarke Arbeitervertreter in den Landtag. Natürlich müßten es „monarchisch gesinnte, christliche Vertreter“ sein, die Sozis täten nichts für den Arbeiterstand. Bei der letzten Landtagswahl kamen denn auch die christlichen Gewerkevereins- und Zentrumsvertreter Dswald, Dauer, Königsbauer, Waltersbach und Schwarz zur Würde bayerischer Volksvertreter.

Wenn wir nun die „Tätigkeit“ dieser christlichen Gewerkevereinsvertreter als Landboten betrachten, so stellt sich ein scharfer Widerspruch zwischen ihren Worten und Taten heraus. In der Agitation für die christlichen Gewerkevereine werben die Herren mit großen Worten und heiligen Beteuerungen nur so herum. Sind sie aber im Landtag, dann erkennt man die Starkmütigen gar nicht wieder. Schon im sozialen Ausschuss des vorigen Landtages wurde das erkannt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Segitz u. Gen. hatten u. a. auch einen Antrag für ein Achtstundengesetz vorgelegt. Da erklärte der Abgeordnete und Gewerkevereinssekretär Schwarz: „Als Arbeitervertreter bin ich für den Achtstundentag, als Landtagsabgeordneter bin ich dagegen!“ (Danach scheint die Zweielementtheorie „christlich-nationalen“ Gemeint zu sein. Siehe den ähnlichen Ausdruck Offerts! D. Ned. d. Bergarb.-Btg.) Daraus konnte man schon entnehmen, daß dem Gewerkevereinsführer als Abgeordneten die Arbeiterforderungen „zu weit“ gehen. Die Arbeiter haben nichts gewonnen durch die Wahl dieses Gummimannes.

Im neuen Landtag konnten wir recht bald noch besser erfahren, daß sich die christlichen Gewerkevereinsführer, im Besitz des Mandats, den Teufel um die Gewerkevereinsforderungen kümmern. Ihre eigenen Anträge haben sie im Stich gelassen, gegen die Forderungen der eigenen Gewerkevereinsmitglieder haben diese „Vertreter“ gestimmt! Ein Wort der hochmütigen Zentrumsführer genügt für den Unfall der Gewerkevereinsführer. Erklärte der Minister sich gegen die von den Arbeitern erhobenen Forderungen, flugs schlugen sich die Gewerkevereinsdeputierten auf die Regierungsseite. Einfach blamabel haben sich diese „rückgratigsten“ Herren benommen. Sie hatten vor der Landtagswahl den Arbeitern versprochen, energisch ihre „Standesinteressen“ zu vertreten. Dies Versprechen haben sie so gehalten, daß selbst in Versammlungen christlicher Arbeiter die helle Empörung über eine solche grundtatschliche „Vertretung“ zum Ausbruch gekommen ist.

Zur besseren Aufklärung seien einige der blamabelsten Vorkommnisse mitgeteilt:

Die sozialdemokratische Fraktion verlangte eine fünfzehnprozentige Lohnaufbesserung des in Staatsbetrieben beschäftigten nichtamtlichen Personals, soweit die Besüge nicht durch spezielle Verordnungen und Regulative geregelt sind. Die Zentrumsfraktion wollte nur eine Aufbesserung von 20 Pfg. pro Tag für die in den Staatsbetrieben gegen Tagelohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Diese Aufbesserung wurde ab 1. Oktober 1907 verlangt.

Aber bereits bei der Beratung des Postetats im Finanzausschuss deutete eine Neuherung des Zentrumsabg. Cadour an, daß die Aufbesserung erst ab 1. Januar 1908 eintreten solle. Auf Vorhalt des sozialdemokratischen Vertreters im Finanzausschuss erfolgte ein feierlicher Protest. Selbstverständlich wurde die Zentrumsfraktion an der Forderung ab 1. Oktober 1907 festhalten. Das wurde dann auch später im Plenum wiederholt.

Auch eine Erklärung des Verkehrsministers über die „Undurchführbarkeit“ genügte, um die Forderung ab 1. Oktober 1907 glattweg fallen zu lassen. Da wurden „staatsrechtliche Bedenken“ vorgebracht. Alle Forderungen müßten ja so gehalten sein, daß auch die „hohen Herren der Reichstagskammer“ zustimmen könnten. Wenn's sich um Arbeiter handelt, geht leicht eine Forderung „zu weit“. Die „christlichen Arbeitervertreter“ stimmten für den schlechten Vorschlag!

Die Verstärkung des Einflusses der Abgeordnetenkammer auf die Regierung ist der richtige Weg zu einer befriedigenden Regelung der sozialen Verhältnisse der Staatsarbeiter. Anstatt aber mit den Sozialdemokraten gemeinsam diesen Weg zu gehen, benutzten die „christlichen Arbeitervertreter“ in der Abgeordnetenkammer jede sich ihnen bietende Gelegenheit, um sich als Regierungstruppe zu zeigen. Der famose Arbeitervertreter Dswald spielt getriebs und selbstgefällig den großen Staatsmann und Diplomaten, der sich vor der oberen Kammer verbeugt.

Wohin diese Politik führt, das zeigte die Behandlung der Arbeiterfragen im Finanzausschuss am 11. Februar. Der Zentrumsabgeordnete Verno erklärte in der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 21. Dezember 1907 folgendes: „Ebenso glaube ich noch zum Verständnis des Antrages — Antrag des Zentrums — besonders bemerken zu müssen, daß derselbe sich, wie auch dessen Wortlaut: „für alle gegen Tagelohn beschäftigten Arbeiter“ besagt, auf die Arbeiter nicht bezieht, die im Akkordlohn arbeiten. Waren die christlichen Arbeitervertreter anderer Meinung, so hätten sie sofort die im sozialen Ausschuss abgelehnte sozialdemokratische Fassung aufnehmen müssen, die keinen Zweifel zuließ, daß alle Arbeiter, also auch die Akkordarbeiter, die Vollerhöhung erhalten sollten. Das geschah nicht. Statt dessen bekämpften die christlichen Arbeitervertreter die sozialdemokratischen Anträge heftiger als selbst die Regierungsvertreter!“

Der Abg. Verno, dem die christlichen Arbeitervertreter in seinen Neuherungen eine Entgleisung unterstellen wollten, hat dann ausdrücklich im Finanzausschuss vom 11. Februar 1908 in Anwesenheit Dswalds festgestellt, daß er nach Rücksprache und im Einverständnis der christlichen Arbeitervertreter die Auffassung vertreten habe, daß auch Akkordarbeiter von der Lohnaufbesserung ausgeschlossen sind.

Dieses ist für uns Bergarbeiter von großer Wichtigkeit. Die staatlichen Bergwerke und Hüttenbetriebe werden mit von diesem Beschluß getroffen. Infolge dessen haben die famosen „christlichen Arbeitervertreter“ gegen die Verbesserung des Verdienstes der im Akkord arbeitenden staatlichen Berg- und Hüttenleute gestimmt! Die Akkordpreise werden demnach nicht aufgebessert, obwohl die Kameraden dringend danach verlangen. Wie die großmächtigen Zentrumsführer pfeifen, so tanzen die „rückgratigsten christlichen Arbeitervertreter“. Dadurch sind die ungeliebten bezahlten staatlichen Eisenbahnarbeiter, Vergleute, Salinens- und Hüttenarbeiter um einen erheblichen Lohnbetrag geschädigt worden.

Die betrogenen Arbeiter wissen nun, was es heißt, „rückgratigste christliche Arbeitervertreter“ in der bayerischen Landtagskammer zu haben. Wir haben diese Herren immer richtig taxiert. Nieher gar keine als solche „Arbeitervertreter“.

Soziale Rechtsprechung und Arbeiter-Versicherung.

Der Arbeitskammergesetzgebung eine Täuschung.

Das Verhängnis der Scharnacherorgan, die „Arbeiter-Zeitung“, schreibt über den Gesetzentwurf betr. Arbeitskammern:

„Eine Kritik des Entwurfs unterlassen wir heute. Wir stellen lediglich fest, daß die projektieren Arbeitskammern keine Berufsvorkammern nach dem Vorbilde der Eisenbahnbeiräte sind. Das hat so sein muß, ist natürlich; denn wenn man Arbeiter und Arbeiter, zwei ihrem Wesen und insbesondere der letzten Einteilung unserer sozialen Gefüge ganz verschiedene Elemente in einer Körperschaft vereinigt, so liegt es auf der Hand, daß diese Körperschaft keine Interessenvertretung eines Berufes, sondern der Schowajal sein wird, auf dem die Interessen zweier Berufsgruppen aufeinanderstoßen. Sollen nun besserungswürdige die Träger entgegenstehender Interessen in einer Körperschaft sich näher gebracht werden, so kann das eben nur in der Form geschehen, welche für die Eisenbahnbeiräte gewählt worden ist. Das haben auch die Verfasser des Gesetzentwurfes über Arbeitskammern eingesehen und danach gehandelt; sie haben nur nicht gemerkt, daß die Arbeitkammern als Arbeitsräte zu bezeichnen.“

Das Scharnacherblatt bestätigt, was wir in voriger Nummer über den Gesetzentwurf gesagt haben. Er bezweckt nicht, die in den letzten Jahren 1890 verpöndene Arbeitervertretung zu schaffen, sondern unter dem täuschenden Titel „Arbeitskammer“ soll eine Institution geschaffen werden, die im besten Falle der Arbeiterchaft wenig nützt, ihr aber sehr häufig schadet. In Berlin hat denn auch selbst eine Versammlung des Gewerkevereins (Kirch-Dücker) in einer Resolution den Gesetzentwurf für unannehmbar erklärt.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Liberaler Küchenzettel für Bürger und Arbeitslose.

Wir stehen im Zeichen wirtschaftlicher Krise und damit der Arbeits- und Brotlosigkeit für Hunderttausende von Arbeitern. So sollen nach Meldung der „National-Ztg.“ und anderer bürgerlicher Blätter, allein in Berlin über 60 000 Arbeitslose vorhanden sein. Während der günstigen Konjunktur sind tausende von Arbeitern unter Vorspiegelung falscher Zusagen aus aller Herren Länder herangelockt worden. Sie haben in ihrer Heimat ihre Existenz aufgehoben, um sich hier eine neue zu gründen; von den gewaltigen Mehrverdiensten die sie geschaffen, hat man ihnen kaum soviel gegeben, um ihr nacktes Dasein zu fristen und jetzt, wo die Krise einsetzt, wirt man sie rücksichtslos auf's Straßenspflaster, unbekümmert um ihr weiteres Schicksal. Da ist es nun interessant zu erfahren, welche Vorkämpfer von einem liberalen Blatt der „Neuen Vögländischen Ztg.“ in Klauen zur Veränderung der Lot der Arbeitslosen gemacht werden. Nach dem „Volksblatt“ für Halle bringt das genannte Blatt einen Küchenzettel für Arbeitslose und die bürgerliche Küche, die wir um einen Vergleich zu ziehen, nebeneinanderstellen wollen.

Küchenzettel	
für die bürgerliche Küche:	für Arbeitslose:
Montag: Gaischsuppe, Schmeinschmorfleisch mit Backpflaumen, Arme Ritter.	Wassersuppe mit Kartoffeln und Hering.
Dienstag: Reisuppe, Kalbsbraten mit Blumenkohl.	Kartoffelstücken mit getrockneten Pilzen.
Mittwoch: Suppe mit Schweinsfleisch, Schweinskenden mit Kartoffelmus.	Reis ohne Fleisch.
Donnerstag: Durchgeitrt. Wurzel-suppe, Schmorbraten mit Wasserpapen.	Grülingenisse (Kartoffelköße) mit Sauerkraut.
Freitag: Graupensuppe, Sammelnieren aus fines herbes, Ente gebraten.	Kartoffelbrei mit Wädling.
Samstag: Gebrannte Mehlsuppe, Rindfleisch mit Dillauce, Auflauf.	Eingeschnittene gefochte Kartoffeln.
Sonntag: Suppe, Hummer am Koff, Spian mit Sauerkraut, Pudding.	Kartoffelpuffer mit 1/2 Pfund Schweinefleisch für 6 Personen.

„Wer ist unter euch Menschen, so ihn sein Bruder um Brot bittet, der ihm einen Stein gibt?“ So lehrte Christus. Leute aber, die sich Christen nennen, bieten den Armen, die infolge der so herrlich eingerichteten sog. göttlichen Weltordnung arbeits- und brotlos geworden sind, während sie selbst von dem Mehrverdienst der Arbeit, den diese Armen geschaffen, herrlich und in Freuden leben, Wasser und Speisung ujm. „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“; wie lassen sich diese christlichen Grundzüge mit dem Verhalten dieser angeblichen Christen in Einklang bringen?

Aus unseren Rechtshilfsbüros.

Frequenz des Arbeiter-Sekretariats Samm vom Jahre 1907.

Im Berichtsjahre wurde das Sekretariat von insgesamt 2882 Personen in Anspruch genommen. Von diesen waren 2664 erstmalige Besucher, während 218 Personen wiederholt in ein und derselben Sache im Sekretariat vorkamen. Die erstmaligen Besucher verteilen sich auf 2808 Arbeitnehmer, von denen 2443 männlichen und 160 weiblichen Geschlechts waren, 35 selbständige Gewerbetreibende und 26 Vereine, Korporationen und dergl.

Die 2882 Besuche erstreckten sich auf 2900 Anträge. Von diesen konnten 1970 mündlich erledigt werden, während es in 930 Fällen der Anfertigung von Schriftsätzen bedurfte, deren Zahl 1288 betrug. Letztere betrafen: Unfallversicherung 284, Krankenversicherung 11, Knappschäftsangelegenheiten 68, Invalidenversicherung 15, Arbeits- und Dienstvertrag 123, Gewerbeausweis 8 und sonstige Sachen 784 Schriftsätze.

Die 2900 Gesamtschriften betrafen: Arbeiterversicherung 1079, Arbeits- und Dienstvertrag 532, Bürgerliches Recht 505, Strafrecht 178, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 384, Arbeiterbewegung 160, Privatversicherung 15, Gewerbesachen 3 und sonstige Sachen 44.

Von den das Sekretariat erstmalig in Anspruch nehmenden 2808 Arbeitnehmern waren gewerkschaftlich organisiert 2170, politisch 14, gewerkschaftlich und politisch 409, während 419 Personen unorganisiert, bezw. organisationsunfähig waren.

Dem Beruf nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Agenten 2, Arbeiter 68, Barbier 3, Bauarbeiter 42, Bergarbeiter 1604, Brauereiarbeiter 26, Buchbinder 3, Buchdrucker 23, Dachdecker 6, Diensthofen 13, Fabrikarbeiter 23, Gasarbeiter 1, Glasmacher 1, Gemeindegeldner 1, Handlungsgehilfen 3, Transportarbeiter 35, Holzarbeiter 53, Invaliden 78, Justizkassierer 8, Küfer 12, Kürschner 2, Kupferstecher 1, Landarbeiter 1, Maschinisten und Feiger 10, Maler 19, Maurer 232, Fleischer 10, Metallarbeiter 108, Monteur 1, Porzellanarbeiter 22, Schneider 14, Schuhmacher 15, Sattler und Tapezierer 18, Stuckateure 52, Tabakarbeiter 3, Zimmerer 30, Ziegeleiarbeiter 2, Ehefrauen 57, Witwen 104.

Die Besucher verteilen sich auf 63 Orte. Hieron entfallen auf: Hamm 974, Ahlen 16, Altenbögge 119, Bergkamen 172, Bönen 86, Gollwische 16, Ramm 304, Uenna 24, Werne 37, Westf. 32, Rastfeld 70, Königshorn 13, Rensingen 10, Sünern 16, Marl 53, Mühlhausen 12,

Methler 10, Niederrassen 84, Niederraden 5, Norbböge 8, Oberberge 80, Obermassen 40, Oberaden 17, Peltum 56, Münze 51, Coest 12, Wiefersbäsen 48, Werne 28. Außerdem kamen aus anderen Orten 87 Personen.

Besteigungen sind im Jahre 1907 814 und Postausgänge 1188 bezeichnet.

Zur Reform der Berginspektion.

Wer sind die Schuldigen?

Kaum sind auf Gewerkschaft „Mitt Auf in Carstob“ die Spuren des tödlichen Unfalles des Hauer's Gabeln, von dem wir in Nr. 6 unserer Zeitung berichteten, beseitigt und schon wieder müssen wir von einem ähnlich traurigen Unglücksfall berichten, wobei sich ebenfalls eine unglückliche Beschäftigung in der Nachachtung der Sicherheitsvorschriften gezeigt hat. Am 11. Februar befand sich der Aufseher Herz mit dem stellvertretenden Betriebsführer im Schacht. Herz sprang auf den vollen Kessel, um mit diesem zu Tage zu fahren, und der stellvertretende Betriebsführer gab hierzu das Signal. Der volle Kessel mit Herz kam bei der schnellen Aufstiege in dreielnde Bewegungen, erfasste die Signalfestigkeit, die ohne Führung im Schacht hängt. Diese schlang sich um den Kessel wodurch dieser wahrscheinlich umkippte, oder dem Herz ist durch die schnellen Bewegungen des Kessels schwindelig geworden, wodurch er aus einer Höhe von circa 30 Metern in den Schacht stürzte. Dabei fiel er auf die unten im Schacht arbeitenden Vergleute und schlug zwei Kameraden mit nieder. Herz und ein Schachthauer sind so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird, der Dritte ist leichter verletzt. Wie uns mitgeteilt wird, ist Herz seinen Verletzungen zum Tode erlegen.

Eingehend haben wir in Nr. 6 unserer Zeitung die Ursachen dargelegt, die fortgesetzt so grausige Unfälle hervorrufen. Kaum aber ist der letzte Verunglückte begraben, kaum ist die Behörde aus Anlaß des letzten Unfalles vom Schacht weg, und schon wieder ist ein Unfall zu verzeichnen, der auf die sträfliche Nachlässigkeit und Nichtachtung der Vorschriften seitens der verantwortlichen Beamten zurückzuführen ist. Die Fahrt im Kessel, von der Schachthöhe bis zum Fangkorb, ist unter allen Umständen auch den Beamten verboten. Ebenso ist es strengstens verboten mit dem vollen Kessel auszufahren. Der Aufseher und der stellvertretende Betriebsführer, also Beamte, die darauf sehen sollen, daß die Arbeiter die bergpolizeilichen Vorschriften nicht übertreten, beachten diese Vorschriften selber nicht. Der eine Beamte stellt sich, entgegen der Vorschrift, auf den vollen Kessel und führt nach oben und der vorerwähnte stellvertretende Betriebsführer hülert ihn daran nicht, er selbst gibt auch das Signal. Was soll man dazu sagen? Wie können die beiden Beamten ihr leichtfertiges Handeln mit ihrer Pflicht vereinbaren und der Vergleube gegenüber rechtfertigen? Auch auf anderen Gruben werden die Sicherheitsvorschriften nur wenig beachtet, aber nirgends ist es schlimmer wie auf diesem Schacht. Wenn, wie hier, in wenigen Monaten eine Reihe so schwerer Unfälle vorzukommen, so erit vor wenigen Tagen ein Menschenleben vernichtet wurde, wo demnach schon wieder so leichtfertig gehandelt wird, so ist das eine gewisse Unfähigkeit sonderbar. Es beweist dies, daß die Beamten nur dazu da sind, den Untreibern zu spielen. Es beweist, daß sich die Grubenverwaltungen den Teufel um Vorschriften für Leben und Gesundheit der Arbeiter scheeren und keine Furcht vor irgend einer Vergleube haben. Ja, wir behaupten, daß durch die Unzulänglichkeit unserer heutigen Berginspektion der Leichtfertigkeit der Grubenbeamten geradezu noch Vorschub geleistet wird.

Wie wenig die Vergleube im Stande ist die Unfallursachen zu erkennen, das hat die Unfalluntersuchung des getöteten Gabeln in eklatanter Weise bewiesen. Nach uns gewordenen Mitteilungen hat die Untersuchung des Bergverbeamten im Schacht ganze 5 bis 10 Minuten gedauert. Der Revierbeamte kam mit dem Betriebsführer und eine Drittelstörer in den Schacht und die einzige Frage, die er, soweit man hören konnte, an seine Begleiter stellte, war: „Wo hier hat Gabeln gelegen?“ Die Antwort der beiden lautete: Ja. Die zweite Frage war: „Unten im Schacht ist niemand gewesen?“ Nein, antworteten die Beiden. Hierauf befahl der Betriebsführer den Vergleuten zu arbeiten, die Herren führen nach oben und die Untersuchung im Schacht war beendet. Die Vergleute waren erstaunt und entrüstet über diese Art der Untersuchung und wie die Vergleube dabei sie hinter's Licht führen ließ.

Wir stellen hier vor aller Öffentlichkeit fest, daß die Vergleube bei dieser Untersuchung die Wahrheit nicht erforscht hat. Wir stellen weiter fest, daß sich das ganze Drittel des Drittelstörers Adler unten auf der Schachthöhe befand, als Wallstab, Gul- und Gabeln herunterstürzten. Die Fahrten waren schon vor dem Unfall von den Sprengschüssen zerklüftet worden, so daß die dreizehn Mann, welche sich auf der Schachthöhe befanden, nicht nach oben konnten. Wir stellen hiermit fest, daß sofort nach dem Unglücksfall des Gabeln ein ganzes Drittel zur Reparatur kommandiert worden ist, also der wahre Zustand, die größten Mängel, wahrscheinlich beseitigt worden sind. Wir kontrastieren weiter, daß nach uns von zahlreichen Arbeitern gemachten Mitteilungen, die Grubenbeamten die Arbeiter zu einer falschen Aussage zu verleiten suchten! Steiger Blume hat zu den Arbeitern im Schacht gesagt: Ihr seid doch nicht unten gewesen? Einige Arbeiter antworteten: Gewiß, wir sind ja alle unten gewesen! Hierauf erwiderte Steiger Blume: Ach, das ist ja Quatsch, ihr seid alle auf der Fahrt gewesen! Nun merkten die Arbeiter, was der Steiger wollte!

Solche Beeinflussungen zu falschen Aussagen sind schon öfter vorgekommen, wie durch Zeugen benotet werden kann. Weiter konstatieren wir, daß Beamte Arbeiter an der Innehaltung der Vorschriften gehindert haben. Der stellvertretende Betriebsführer fuhr mit noch drei Mann (also vier Mann) im Kessel in den Schacht, der Anschläger machte den Beamten darauf aufmerksam, daß das nicht zulässig sei. Unter Hinweis auf seine Beamtenqualifikation sagte der Beamte zum Anschläger: Na warten Sie, wir sind ja noch länger zusammen. Wo solches trotz der Vergleube vorkommen kann, braucht man sich nicht zu wundern, wenn ein Unglücksfall den andern jagt. Eine Berginspektion, die man derart hinter's Licht führen kann, taugt für die Bergarbeiter nichts.

Was ist denn das Resultat der Untersuchung gewesen? Die Vergleube ist nach Carstob gefahren, hat sich, wenn auch unbewußt, die Unwahrheit berichten lassen. Die Wahrheit aber wurde nicht festgestellt, weil die Arbeiter nicht gefragt wurden. Unbegreiflich ist es uns, daß der Revierbeamte es nicht für nötig hielt die im Schacht anwesenden Arbeiter zu fragen. Es wäre gewiß eheliche Kameraden darunter gewesen, die ihm die Wahrheit gesagt hätten. Wie kann die Vergleube eine solche Untersuchung rechtfertigen? Von einer solchen Behörde können die Bergarbeiter keine Besserung erwarten, zu ihr kann kein Arbeiter mehr Vertrauen haben!

Von gewisser Stelle ist in die bürgerliche Presse eine Notiz lanciert worden, wonach möglicherweise von Arbeitern an Gabeln im Schacht ein Mordmord begangen sein kann. Soll diese Notiz vielleicht den Zweck haben, die organisierte Arbeiterchaft zu verächtlichen?

Wir legen gegen eine solche Verächtlichmachung aufs entschiedenste Verwahrung ein. Die gesamte Bergarbeiterchaft von Carstob fordert Aufklärung über die Ursachen dieser Unfälle. Wir betrachten es als unsere Pflicht, die Wahrheit aufzudecken und Rechenschaft zu fordern. Nicht das Interesse des einzelnen kann für uns maßgebend sein, sondern das der gesamten Bergarbeiterchaft. An die Vergleube appellieren wir nicht, weil das nach unseren bisherigen Erfahrungen doch keinen Erfolg haben würde. Wir fordern die Staatsanwaltschaft auf, gegen die Grubenverwaltung und die obengenannten Beamten einzuschreiten und die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen. Wir sind bereit, der Staatsanwaltschaft Zeugen zu nennen, welche die Wahrheit unserer Angaben bekräftigen werden. Will die Staatsanwaltschaft das nicht, so erwarten wir Anklage gegen uns, damit so die Wahrheit festgestellt wird. Licht und Klarheit verlangen wir im Interesse der täglich und stündlich unter schweren Gefahren um ihr kümmerliches Dasein kämpfenden Bergarbeiterchaft.

Aus den Bergschiedsgerichten.

Delsnik. Sitzung vom 3. Februar. Vorsitzender Dr. Weigelt aus Freiberg, Beisitzer aus der Mitte der Arbeitgeber: Obersteiger Krönert, Neudölnitz, Obersteiger Richter-Sohnsdorf, aus der Mitte der Arbeitnehmer: Hauer Kimmel-Delsnik, Hauer Gahn-Sohnsdorf. Zur Verhandlung standen vier Sachen der Knappschäftsberufsgenossenschaft Sektion VII. 1. Die Berufsgenossenschaft beantragt die seither gewährte Rente von zehn Prozent des Bergarbeiters Rabe in Abtly einzustellen. Rabe hatte am 15. November 1890 bei „Vereinigt Feld“ eine Fußverletzung erlitten. Durch Nachuntersuchung beim Kreisärztenrat Dr. Hauer sollen durch dessen Gutachten keine arbeitsverhindernden Folgen nicht vorhanden sein. Da er eingeholten Schynachweise ergaben, daß Rabe denselben Lohn

Wie vollkräftige Arbeiter verdient, kam durch die Vorkommnisse des Vorjahres dahingehend ein Vergleich zu Stande, daß die Rente ab 1. April 1908 eingestellt wird, mit dem Bemerkten, daß jede Arbeit wieder Anspruch hat, wenn sich kein Unfall verschlimmert. — 2. Dem Bergarbeiter Krotzba in Hohnhof war durch Unfall bei Concordia am 10. Juli 1907 das Schließelbein und Schultergelenk linksseitig verletzt worden, wofür er zuerst die Vollrente erhielt. Am 18. Oktober 1907 wurde er aus dem Kreiskrankenspital Zwickau als vollerechtfähig entlassen. Er hat verständig die Arbeit wieder aufgenommen und konnte nicht weiterarbeiten, beantragt eine Entschädigung von 50 Mk. monatlich, welches Verlangen vom Vertreter der Berufsgenossenschaft verneint wurde. Da dem Schiedsgericht die Angaben des Klägers nicht ganz ungläubig erschienen, beschloß es, den K. zur weiteren Selbstbehandlung beim Beobachtung in die Heilanstalt Aue zu überweisen. — 3. Die fünfprozentige Rente des Bergarbeiters Fortung in Oelsnitz ab 1. März 1908 einzustellen, hatte die Berufsgenossenschaft beim Schiedsgericht beantragt. S. hatte am 15. Januar 1894 bei Vereinskrieg das rechte Schultergelenk und den rechten Vorderarm gebrochen. Durch neuerliches Gutachten des Professor Dr. Braun in Zwickau sollen keine erwerbsföhrnden Folgen des Unfalls mehr vorhanden sein. Die herbeigeholten Röntgenaufnahmen ergaben, daß S. anderen vollkräftigen Arbeitern im Sinne nicht nachsteht. Im Einklang mit dem S. wird die Rente ab 1. März 1908 eingestellt. — 4. Die Berufung des Lagerarbeiters Nibel in Reubitz wurde nach langen Verhandlungen und Verlehrungen durch den Vorstehenden vom Klager zurückgezogen. K. hatte am 16. April 1907 bei Gotteslegen durch Einpirtingen in einen Eisenbahnwagen einen Bruch des rechten Fersebeines und Verstauchung des Fußgelenkes erlitten, wofür ihm zunächst die Vollrente gewährt wurde. Er ist am 8. Dezember 1907 aus dem Kreiskrankenspital Zwickau als zu 40 Prozent erwerbsunfähig, jedoch noch ärztlicher Hilfe bedürftig, entlassen worden. K. gibt an, nicht arbeiten zu können und verlangt die Vollrente noch für die drei Monate Dezember 1907, Januar, Februar 1908. Dabei hat er aber aus Unkenntnis der Sachlage versäumt, sich beim Werke einen neuen Rutschstein geben zu lassen, um in die weitere Behandlung seines ihm zuerst behandelnden Arztes, Dr. Schönfeld in Würzburg gehen zu können, auch hat er sich nicht, wenn auch nur versuchsweise, zur Arbeit gemeldet. Er verspricht, sich am 4. Januar zur Arbeit einzustellen, die Krankenkassenverwaltung dagegen verspricht, ihm einen Rutschstein ausstellen zu wollen.

Nachrichten aus der Montanindustrie.
Kohlenbergbau Preußens 1907.

Im „Reichsanzeiger“ werden die Schlusszahlen über den Steinkohlenbergbau in Preußen 1907 veröffentlicht. Die Zahl der Steinkohlenwerke hat sich um 11 verringert, die Förderung ist um 5 745 820, der Absatz um 5 144 881 T., die Zahl der Arbeiter um 88 018 gestiegen gegen das Vorjahr. Die sich die Grubenbetriebe, die Förderung, der Absatz und die Arbeiterzahl auf die Oberbergamtsbezirke verteilten, weist folgende Tabelle aus:

Oberbergamtsbezirk	Wierteljahr	Im Jahre 1907			
		Betriebene Werke	Förderung T.	Absatz T.	Belegschaftszahl
Breslau	I.	72	9 586 827	8 771 900	124 264
	II.	72	9 000 418	8 320 620	121 985
	III.	72	9 601 160	8 851 148	122 807
	IV.	72	9 664 829	8 888 607	128 752
	Summe	72	37 853 234	34 832 275	482 808
Galle	I.	1	8 277	2 211	48
	II.	1	2 267	1 864	38
	III.	1	2 188	1 857	36
	IV.	1	2 471	2 158	38
	Summe	1	10 198	7 588	80
Glauchthal	I.	6	192 181	174 964	4 072
	II.	6	186 256	172 567	4 018
	III.	5	192 190	178 597	4 017
	IV.	5	189 181	174 925	4 001
	Summe	5	769 798	701 053	4 027
Dortmund	I.	178	19 626 820	18 594 787	204 873
	II.	161	19 102 652	18 305 109	207 917
	III.	161	20 999 015	20 076 264	201 280
	IV.	163	20 454 160	19 454 223	218 789
	Summe	165	80 182 647	76 430 388	803 089
Dortmund	I.	25	3 839 179	3 715 689	69 124
	II.	26	3 611 087	3 502 989	68 081
	III.	27	3 991 279	3 882 602	68 663
	IV.	26	3 886 821	3 736 849	69 874
	Summe	26	15 277 866	14 838 079	69 161
Zusammen in Preußen	I.	277	33 198 284	31 259 551	491 876
	II.	266	31 902 678	30 802 008	492 987
	III.	266	34 785 827	32 990 463	496 303
	IV.	267	34 146 442	32 256 700	521 454
	Summe	269	134 033 231	126 809 382	500 643

Auch über den Braunkohlenbergbau liegen die entsprechenden Nachweise vor. Hier sind sie:

Oberbergamtsbezirk	Wierteljahr	Im Jahre 1907			
		Betriebene Werke	Förderung T.	Absatz T.	Belegschaftszahl
Breslau	I.	38	368 878	313 912	2 692
	II.	37	358 709	310 215	2 621
	III.	37	376 843	325 566	2 525
	IV.	38	407 357	340 192	2 808
	Summe	38	1 511 787	1 289 885	2 662
Galle	I.	253	9 491 208	7 846 720	38 609
	II.	255	9 207 517	7 447 912	40 319
	III.	254	9 771 544	7 805 277	39 580
	IV.	255	10 455 149	8 481 724	41 584
	Summe	254	38 925 818	31 081 633	40 018
Glauchthal	I.	25	288 105	219 469	1 921
	II.	25	161 656	143 023	1 767
	III.	25	222 908	201 791	1 767
	IV.	26	268 422	240 458	1 965
	Summe	25	891 179	804 741	1 888
Dortmund	I.	45	2 618 742	1 785 673	9 046
	II.	46	2 621 407	1 767 011	9 184
	III.	46	2 977 508	1 973 515	9 408
	IV.	49	3 409 970	2 353 103	10 014
	Summe	47	11 622 625	7 879 392	9 413
Zusammen in Preußen	I.	361	12 651 938	9 665 774	52 268
	II.	363	12 439 689	9 668 161	53 943
	III.	362	13 848 889	10 806 149	53 258
	IV.	368	14 550 898	11 415 477	56 371
	Summe	364	52 991 409	41 055 561	53 961

Gegen 1906 hat sich im Jahre 1907 die Zahl der Braunkohlenwerke um 7 vermehrt, die Förderung ist um 5 261 142, der Absatz um

8 881 808, die Arbeiterzahl um 8608 gestiegen. Demnach sind allein im preussischen Kohlenbergbau über 550 000 Arbeiter beschäftigt. Da gibt es noch sehr viel zu tun für unsere Agitatoren und Organisatoren.

Die Rottbuser Handelskammer über die Braunkohlen-Industrie der Niederlausitz.

Einem von der Werkpresse abgedruckten Auszug aus dem Rottbuser Handelskammerbericht zufolge, haben sich die Niederlausitzer Braunkohlenwerke über das verfloßene Jahr nicht zu beklagen. Selbstverständlich wird auch in diesem Bericht wieder behauptet, von den Preiserhöhungen hätten die Werksbesitzer den geringsten Nutzen gehabt, aber solche Redereien nimmt man heute nicht mehr ernst. Zur Information unserer agitatorisch tätigen Kameraden geben wir das Handelskammerurteil über die Industrielage nachstehend zum Abdruck:

„Am Schluß des Vorjahres waren in der Niederlausitzer Braunkohlen- und Brikettindustrie die gesamten Vorräte an Hausbrandbriketts fast vollständig geräumt. Wegen der strengen Kälte gingen die Leistungen der Gruben- und Brikettfabriken in den letzten Tagen des Dezember 1906 und im Januar des Berichtsjahres sehr zurück. Die Brikettfabrikation sank wochenlang auf die Hälfte des normalen Umfangs und an einzelnen Tagen mußte der Betrieb vollständig eingestellt werden. In dem gesamten Absatzgebiet herrschte daher auch eine allgemeine Brikettknappheit, was zur Folge hatte, daß auch in den Monaten April, Mai, Juni sehr flott abgefordert wurde, sodaß auf den Werken größere Stapelbestände nicht eingelagert werden konnten. In den Monaten Juli, August, September war der Absatz derartig stark, daß es nicht möglich war, die Wünsche der Abnehmer zu befriedigen. Die Aufträge gingen erheblich über den Umfang der Tagesproduktion hinaus und es mußten wegen des Fehlens größerer Lagerbestände die sonst in diesen Monaten stattfindenden Herbstleistungen unterbleiben. Da auch der seit vielen Jahren herrschende empfindliche Arbeitermangel in dieser Zeit verstärkt auftrat, waren viele Werke nicht imstande, die für den vollen Betrieb der Brikettfabriken erforderlichen Braunkohlen zu fördern, sodaß teilweise nicht unerhebliche Produktionsmengen ausfielen. Auch im letzten Vierteljahre konnte die Lage der Brikettindustrie als gut bezeichnet werden, denn die Anforderungen überstiegen noch immer die Tagesproduktion und so mußten die eingehenden Aufträge auf die vertraglich festgelegten monatlichen Durchschnittsmengen beschränkt werden. Der Markt für Industriebriketts wurde durch die noch immer außerordentlich stark beschäftigte Industrie sehr günstig beeinflusst, zumal bei der allgemeinen Kohlenknappheit weitere Verbrauchereisen auf die Brikettlieferung hingewiesen und in verschiedenen Industriekreisen erfolgreiche Versuche gemacht wurden, Braunkohlenbriketts im Industrieformat zu verwenden. Auch hier wurden fortlaufend während des ganzen Berichtsjahres die eingehenden Aufträge erheblich größer als die Produktion, was zur Folge hatte, daß die Lieferungen nur im Rahmen der abgeschlossenen Verträge möglich waren. Die am 1. April für das Abschlußjahr 1907/08 vorgenommenen mäßigen Preiserhöhungen konnten bei Vollziehung der Abschlüsse ohne Schwierigkeiten durchgeführt und die erhöhten Preise aufrecht erhalten werden. In der Hauptsache wurden die Preisaufhebungen von den zu dieser Zeit vorgenommenen den Bergarbeitern gewährten Lohnerhöhungen sowohl wie von den eingetretenen allgemein erhöhten Materialpreisen abgehört. In den Monaten September und Oktober trat der dem Deutschen Bergarbeiterverbande angehörende Teil der Niederlausitzer Bergarbeiter in den Aufstand. Hierdurch wurden die betroffenen Werke mehr oder weniger in der Braunkohlenförderung sowohl wie in der Brikettfabrikation gestört und es entstanden weiter nicht unerhebliche Produktionsausfälle, wenn auch mit Hilfe von neuen Arbeitern der Ausfall nach Möglichkeit herabgemindert wurde. Nach Beendigung des Aufstandes sind Arbeiterbewegungen nicht mehr zu verzeichnen gewesen, wie die Arbeiterverhältnisse in der letzten Zeit schließlich insofern etwas gebessert haben, als in den letzten Monaten des Berichtsjahres das Angebot von Arbeitskräften etwas reichlicher geworden ist. Von einem Ueberangebot von Arbeitskräften kann indessen noch keine Rede sein und so wird zur Aufrechterhaltung des vollen Betriebes auch in Zukunft die Niederlausitzer Braunkohlen- und Brikettindustrie unter keinen Umständen auf die Heranziehung von ausländischen Arbeitern verzichten können. In der Niederlausitzer Brikettindustrie fehlte es bisher an einer einheitlichen Verkaufsorganisation, was namentlich in Zeiten mit wachsendem Absatz sich in außerordentlich schädigender Weise fühlbar machte. Im Monat Dezember hat sich deshalb die überwiegende Mehrheit aller Niederlausitzer Werke zu einer Verkaufsgemeinschaft zusammengeschlossen und die Niederlausitzer Brikett-Verkaufsgemeinschaft m. b. H. zu Berlin begründet, welche die Aufgabe hat, den Vertrieb der gesamten Brikettproduktion aller Gesellschaften nach einheitlichen Grundsätzen zu regeln. Wenn in dieser Verkaufsgemeinschaft auch eine durchaus mäßige Preispolitik betrieben werden soll, so werden der Niederlausitzer Brikettindustrie hierdurch doch mancherlei Vorteile, wie die Beherrschung des Marktes, der Fortfall der früher unvermeidlich gebliebenen Preisunterbietungen, endlich die bisher unmöglich gewesene Ausnutzung von Frachtnormsprüngen erwachsen. Bezüglich der Arbeiterverhältnisse weist der Bericht noch darauf hin, daß sich die gesetzlichen Vorschriften über die Beschäftigung ausländischer Arbeiter für die Industrie als schädigend bemerkbar gemacht hätten. Schließlich ist auch im Berichtsjahre die schon öfters beklagte unregelmäßige Wagenstellung seitens der Eisenbahnverwaltung wieder hervorgerufen, wenn sich auch eine gewisse Besserung gegen früher nicht verkennen läßt.

Rheinisch-Westfälisches Kohlenyndikat. Der rechnungsmäßige Kohlenabgab betrug im Januar 1908 bei 25 1/2 Arbeitstagen 5 687 308 Tonnen, arbeitstäglich 225 240 Tonnen; im Januar 1907 bei 26 Arbeitstagen 5 588 598 Tonnen; arbeitstäglich 214 869 Tonnen; er hat mithin gegen den gleichen Monat des Vorjahres zugenommen insgesamt um 100 708 Tonnen arbeitstäglich um 10 371 Tonnen = 4,83 Prozent. Von der Beteiligung, die sich bezifferte im Januar 1908 auf 6 510 186 Tonnen, im Januar 1907 auf 6 890 481 Tonnen sind demnach bei einer um 90 295 Tonnen niedrigeren Beteiligungsziffer 87,83 Prozent gegen 84,64 Prozent im gleichen Monat des Vorjahres abgesetzt worden. Der auf die Beteiligung anzurechnende Roß- und Brikettabsatz hat betragen: Roß: im Januar 1908 bei 31 Arbeitstagen insgesamt 1 074 788 Tonnen = 89,78 Prozent der Beteiligung arbeitstäglich 34 671 Tonnen; im Januar 1907 bei 31 Arbeitstagen insgesamt 1 088 847 Tonnen = 90,74 Prozent der Beteiligung arbeitstäglich 34 962 Tonnen. Briketts: im Januar 1908 bei 25 1/2 Arbeitstagen insgesamt 247 211 Tonnen = 91,71 Prozent der Beteiligung arbeitstäglich 9791 Tonnen; im Januar 1907 bei 26 Arbeitstagen insgesamt 214 524 Tonnen = 87,82 Prozent der Beteiligung arbeitstäglich 8251 Tonnen. Die Geschäfte der Kohlenherren gehen demnach noch ausgezeichnet und die Lohnregulierungen rechtzeitigen sich in keiner Weise.

Die Goldproduktion der Welt. Da gegenwärtig bereits die Schätzungen des Münzamt der Vereinigten Staaten und die australischen Schätzungen vorliegen, kann man sich ein ungefähres Bild von dem Umfang der Goldproduktion im Jahre 1907 machen. Es ergibt sich dann für die wichtigsten Goldländer das folgende Bild: (1 Pfund Sterling ist gleich 20 Mt.)

	1907	1906
	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.
Transvaal	27 406 000	25 580 000
Rhodesien	2 218 000	2 000 000
Westafrika	1 160 000	877 000
Australien	15 539 000	16 929 000
Indien	2 559 000	2 621 000
Kanada	2 000 000	2 300 000
Ver. Staaten	17 923 000	18 875 000
Andere Länder	13 400 000	14 300 000
	82 205 000	82 482 000

Es ist bemerkenswert, wie ungeheuer die Goldproduktion innerhalb hundert Jahren gewachsen ist. Im Anfang des 19. Jahrhunderts, vor der Entdeckung der kalifornischen Goldfelder, bewegte sich der Wert der jährlichen Goldproduktion der Welt zwischen 1 1/2 und 2 1/2 Mill. Pfund Sterling; der Hauptproduzent war damals Rußland. Noch in der Dekade 1841/50 betrug der jährliche Durchschnitt nicht mehr als 7 Mill. Pfund Sterling. 1850, wo sich die Wirkungen der Entdeckungen in Kalifornien schon geltend machten, brachte es auf 11 Mill. Pfund Sterling, und den Höhepunkt erreichte diese Periode im Jahre 1852 mit 36 1/2 Mill. Pfund Sterling. Da es sich in Kalifornien damals nur um Goldwäschereien handelte, trat bald Erschöpfung ein, und nur die Entdeckung von Gold in Australien, das aber damals auch noch nur als Eisengold gewonnen wurde, verhinderte es, daß der Rückgang nicht allzu stark ausfiel und daß das niedrige Niveau von 1851 endgültig überwunden blieb. Bis Ende der 60er Jahre verlief die Goldproduktion recht gleichmäßig, obwohl auch Neuseeland und Indien als Goldproduzenten hinzugekommen waren. Eine entscheidende Wendung trat erst in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts ein, als die Goldproduktion des Transvaal sich

fähig zu machen begann, als goldführende Erze in Westaustralien, in Alaska und im Klondike-Gulden-Revier entdeckt wurden, bis Ende der 90er Jahre auch Rhodesien sich einzustellen begann und auch das alte Goldland Westafrika eine Wiederbelebung erfuhr.

Aus den Unternehmerverbänden.

Der Beirat des Kohlenyndikats.
Unsere Kameraden werden gewiß auch gern die Herren wenigstens dem Namen nach kennen lernen wollen, die als Beirat des Kohlenyndikats über die Maßnahmen dieser mächtigen Organisation zu beschließen haben, vorbehaltlich der Zustimmung der Besondereversammlung. Die Beiräte des Kohlenyndikats für 1908 heißen:

- | | |
|--|--------------------------------|
| Beiräte: | Stellvertreter: |
| Kirchhoff, Geh. Kommerzienrat | Dubbeberg, Direktor |
| Müller, Kommerzienrat | Merke, C., Prokurist |
| Frank, Carl, Kommerzienrat | Schäfer, S., Direktor |
| Kleine, Ed., Bergat | Suß, Direktor |
| Reutenberg, Generaldirektor, Vaurat | Freund, Bergassessor |
| Bonader, Direktor | v. Waldhausen, Aug. |
| Brandenburg, Direktor | Gehres, Direktor |
| v. Burgsdorff, Alb., Rittmeister a. D. | Leibold, Direktor |
| Burgers, Kommerzienrat | Burgers, Bergassessor |
| Carp, Geh. Justizrat | Kerstedt, Direktor |
| Dehnte, Bergassessor | Reinmann, Direktor |
| Dilling, Bergassessor | Koch, Direktor |
| Dyckerhoff, Direktor | Selbach, Bergassessor |
| Cfery, Kommerzienrat | von Börd, Bergassessor |
| Engeling, Direktor | Bodemann, Direktor |
| Erdmann, Direktor | Dreikauf, Generalsekretär |
| Fidler, Direktor | Schulte, Direktor |
| Frunde, Bergat | Brandt, Bergassessor |
| Hayeborn, Sub., Konzil | Stratzer, Bergassessor |
| Haniel, Franz, Geh. Kommerzienrat | Wentor, Direktor |
| v. Haniel, Landrat a. D. | Patberg, Direktor |
| Haniel, Aug., Gewerke | Mehner, Bergat |
| Dr. Hahlader, Direktor | Dr. Reuter |
| Hein, Direktor | Jütten, Vorkontrollant |
| Helmich, Direktor | Kath, Prokurist |
| Johann, Bergat | Dr. Hilgenstod |
| Kammengießer, Kommerzienrat | Henkel, Prokurist |
| Kette, Direktor | Werner, B., Bergassessor |
| Kleine, Eugen, Bergassessor | Müller, Bergassessor |
| Kleinmann, Direktor | Grau, Bureauchef |
| Krausch, Otto, Bergassessor | Wiemer, Direktor |
| Kruppe, Direktor | Supper, Prokurist |
| Krüger, C., Kommerzienrat | Kollenberg, Herm., Direktor |
| Leibold, W., Direktor | Drausfeld, Prokurist |
| Lind, Direktor | Hohenbühl, Direktor |
| Lindner, Bergat | Leub, Bergassessor |
| Litthgen, Generaldirektor | Kesten, Bergassessor |
| Markmann, Direktor | Meyer, Direktor |
| Matthes, Generaldirektor, Reg.-Rat | Haarmann, Bergassessor |
| Meyer, F., Direktor | Silber, W., Direktor |
| Meyer, G. A., Direktor | Stenberg, Bergassessor |
| Müller, Bergat | Hüb, Bergassessor |
| Müller, Direktor | Kampers, Direktor |
| Naderhoff, Direktor | Dr. Berkemeyer, Richtera. |
| Oeder, G., Professor | Linderhans, Direktor |
| Papentin, Direktor | Reidt, Oberingenieur |
| Pieper, Bergassessor | Trost, Direktor |
| Roensgen, C. Rud., Fabrikbesitzer | Berg, Direktor |
| Randbrod, Generaladit., Bergassessor | Lindenberg, Bergassessor |
| Rosenbahl, Direktor | Wardenburg, Direktor |
| Ruschen, Bergassessor | Reinmann, Betriebsinspektor |
| Rüssel, Direktor | Schulte, Verbandsinspektor |
| Schied, Direktor | Braun, Bureauvorsteher |
| Schulze-Vellinghausen, Direktor | Gräß, Bergassessor |
| Siedenberg, Direktor | Randholz, Bureauvorsteher |
| Springorum, Kommerzienrat | Höfner, Direktor |
| Stapenhorst, Bergat | Wessel, Direktor |
| Stard, Aug., Direktor | Greuel, Ortwin, Gewerke |
| Stens, Bergassessor | von Bahlen, Hugo |
| Stinnes, Hugo | Nabes, Direktor |
| Sittmeyer, Direktor | Spindler, Direktor |
| Tengelmann, Direktor | Gotb, Grubeninspektor |
| Thomas, Amtsrichter a. D. | Diege, Direktor |
| Thyßen, Fritz | Wegener, Direktor |
| Tilmann, Bergassessor | Dr. Baare, W., Generalsekretär |
| Trippe, Bergassessor | Jacob, Bergassessor |
| Wittler, Direktor | Wille, Bergat |
| van Waten, Direktor | Röllmann, Direktor |
| Wahlen, C., Fabrikbesitzer | Althoff, Bergassessor |
| Wegge, Direktor | Sill, Prokurist |
| Dr. Weidmann, Geh. Bergat | Seyer, Direktor |
| Wenke, Gewerke | von der Mühlen, Direktor |
| Wimmelmann, Direktor | Knepper, Betriebsdirektor |
| Winkhaus, Bergassessor | Niequist, Direktor |
| Wüstenhöfer, Direktor | Tschner, Prokurist |
| Ziegler, Kommerzienrat | Wras, Bergassessor |
| | Wieg, C., Direktor |
| | Wredemann, Geschäftsführer |

Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände hat nach seinem Geschäftsbericht im Jahre 1907 erhebliche Fortschritte gemacht. Während Ende 1906 dem Verein 25 Mitgliedsverbände mit etwa 200 Unterverbänden und etwas über eine Million Arbeiter angehörten, ist die Zahl der Mitglieder im verfloßenen Jahre auf 44, die Zahl der Unterverbände auf über 300 und die Zahl der angeschlossenen Arbeiter auf 1 300 000 gestiegen. Die Ausbreitung der Entschädigungsgesellschaft des Vereins, welche als Rückversicherungsgesellschaft wirkt, hat ebenfalls Fortschritte gemacht. Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände hat sich nach der im Geschäftsbericht ausgesprochenen Meinung seiner Macher bei der Bekämpfung der bei seinen Mitgliedsverbänden ausgebrochenen Streiks, namentlich der großen Holzarbeiterbewegung im vergangenen Frühjahr hervortretend bewährt. Es wurde festgestellt, daß im Berichtsjahre bei 197 Arbeiterbewegungen der Schutz des Vereins angerufen wurde.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.
Christlich-nationaler Siegesmarsch.

„Die Wagn ist frei für christlich-nationale Arbeiterpolitik“, hießte die Gewerkevereinspresse nach der letzten Reichstagswahl. Nun, wo sieben oder acht auf monarchischem Boden stehende christlich-nationale Arbeitervertreter dem Reichstag angehören und die Sozialdemokraten 36 Mandate weniger erhielten, nun sollte die Welt sehen, wie die christlich-nationale Arbeiterbewegung positive Erfolge einheimen werde. Den christlich-nationalen Arbeitervertretern werde es gelingen, innerhalb der bürgerlichen Parteien Verständnis und Freunde für eine gründliche Sozialreform zu gewinnen. Auf diese kluge Weise würden gewissermaßen, ohne daß sie es merken, die bürgerlichen Parteien sozialpolitisch unterminiert. In der Projektion der in „weitsichtiger Taktik“ sind die M.-Glabbacher bekanntlich sehr groß.

Was ist bei der überaus großzügigen sozialpolitischen Unterminierung herausgekommen? Die „christliche Holzarbeiterzeitung“ klagte in ihrem Neujahrsartikel, im Jahre des glorreichen christlich-nationalen Reichstagswahljahres sei das soziale Gewissen der herrschenden Klasse nicht geschärft worden; im Gegenteil, das Jahr 1907 sei das Geburtsjahr der meisten gelben Streikbrechererzereine gewesen! Der christlich-sozial-antifeministische Reichstagsabgeordnete Behrens hat im Reichstag den Antrag unterstützt, die Marineverwaltung habe bei Feststellung der Arbeitsverhältnisse (Abschluß von Tarifverträgen) die Arbeiterorganisationen heranzuziehen. Diese selbstverständliche Forderung wird von der „konservativen Korrespondenz“ wie folgt beurteilt:

„Auch die neue Forderung begründete der Hg. Behrens mit der Behauptung, die national gestimmten Arbeiter würden durch die vor-

Schlagende Maßnahmen veranlaßt werden, sich den nationalen Organisationen anzuschließen. Wir bezweifeln diese Wirkung ebenso, wie wir sie von den Arbeiterorganisationen mit Recht bezweifeln haben. Und wenn schließlich die nationalen Arbeiterorganisationen auch wirklich einige Tausend Mitglieder gewännen und sie führen fort, die sozialdemokratischen Forderungen zu unterstützen, so würde das für unsere nationalen Interessen wahrlich kein besonderer Vorteil sein."

Da haben wir! Magt es ein christlich-nationaler Arbeiterführer, einen durchaus selbstverständlichen gewerkschaftlichen Antrag zu unterstützen, dann ist das quasi ein „nationaler Verrat“. Das „soziale Verständnis“ macht augenscheinlich riesige Fortschritte. Die Christlichen müssen allezeit getreue Freunde sein, wenn sie das Wohlwollen ihrer Wähler nicht einbüßen wollen.

Nebenbei kam aber das angeblich „wachsende sozialpolitische Verständnis“ der „Unterminierten“ zum Ausdruck in der Petitionskommission des Reichstages. Vor zwei Jahren erklärte der parlamentarische Unterstützungsspezialist Giesberts im Reichstag, es sei unwahr wenn behauptet würde, es fänden sich im Reichstag Zentrumskreise, die mit einer Ablehnung der Unfallrenten bis zu 20 oder 25 Prozent sympathisierten. Für die Rentinquersung habe wohl der Zentrumskreis Schmedding im preussischen Landtag gesprochen, aber im Reichstagszentrum finde er keine Unterstützung.

Das war vor zwei Jahren. Es kam der glorreiche „nationale“ Wahlsieg, es kam der zweite christlich-nationale Arbeiterkongress, auf dem einstimmig auch eine Resolution gegen die Rentenabquetschung angenommen wurde. Man hätte nun doch annehmen dürfen, daß nach diesen christlich-nationalen Kundgebungen verständnisvolles Entgegenkommen sich doch mindestens bei den beiden Parteien (Konservative und Zentrum) gezeigt hätte, die am meisten als Wähler der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung gelten wollten. Aber was geschah in der Petitionskommission des Reichstages?

Der zumeist aus Zentrumsgagariern bestehende Rheinische Bauernverein petitionierte um Abquetschung der Unfallrenten bis zu 20 Prozent! Zentrumsmann Giesberts bekämpfte diese Petition, wollte sie nicht einmal als verhandlungswert erklären lassen. Unser Kamerad Schöfse wandte sich sehr scharf ebenfalls gegen die Petition, ebenfalls wurde sie von dem freisinnigen und dem polnischen Kommissionsmitglied bekämpft. Dagegen sprachen und stimmten auch später die übrigen Zentrumsgagariern, die Konservativen, die Nationalliberalen und auch der christlich-soziale Hg. Burkhardt (der engere Parteifreund von Behrens) für die Ueberweisung der Rentenquetschpetition an den Reichstagsrat als Material! Und so erlebte Herr Giesberts das Trauerspiel, daß ihn seine sämtlichen Zentrumsgenossen und die „treudeutschen“ Konservativen nebst Christlich-Sozialen und Nationalliberalen im Stich ließen — Giesberts mußte gegen die übrigen Zentrumsgagariern mit den Sozialdemokraten stimmen!!! Wenn dieser Vorfall nicht lehrte, wohin er als Arbeitervertreter und Gewerkschaftler gehört, der hat das Recht vermisst, der Arbeiterschaft weise Lehren über ihr gewerkschaftliches und parteipolitisches Verhalten zu erteilen.

Vor zwei Jahren konnte Herr Giesberts noch rühmend ausrufen, im Reichstagszentrum unterstütze niemand den agrarischen Feldzug gegen die „kleinen“ Unfallrenten. Jetzt hat derselbe Herr Giesberts erlebt, daß außer ihm sämtliche Kommissionsmitglieder seiner Partei den „christlich-nationalen Bahnbrecher“ im Stich lassen, sich dem Rentenquetschungsantrag gegenüber günstig verhalten. Wer darin nicht einen „gewaltigen Erfolg der christlich-nationalen Arbeiterbewegung“ erblickt, der muß unbedingt einen Galoppkursus in W.-Glabbach mitmachen. Dort lernt er Blamagen in Siegen um—denken.

Ein alter Gewerkschaftskämpfer gestorben!

Am Mittwoch den 12. Februar starb an den Folgen eines Blutschlages im Hamburger Krankenhaus der Vorkämpfer des Holzarbeiterverbandes, Kollege Karl Klotz, im Alter von 61 Jahren. Wohnhaft in Stuttgart, besand er sich im Gewerkschaftsdienst in Hamburg; ihn ereilte der Tod mitten im Streben für die Arbeiterinteressen. In Karl Klotz verliert die deutsche Arbeiterschaft einen ihrer ältesten und verdienstvollsten Gewerkschaftspioniere. Schon frühzeitig widmete sich der Verstorbene gewerkschaftlicher und politischer Tätigkeit; unter dem Sozialistengesetz sammelte er seine engeren Berufsgenossen, die Tischler, in Fachvereinen. Nach dem Fall des Ausnahmegesetzes entstand aus dem Zusammenschluß der Fachvereine, vorzüglich als Werk des Verstorbenen, der deutsche Holzarbeiterverband, dessen Mitgliederzahl heute 150 000 beträgt. Das Vertrauen seiner Berufsgenossen stellte Klotz an die Spitze dieses Verbandes, der dem dahinschiedenen unendlich viel verdankt. Klotz war auch einige Jahre Mitglied der Generalkommission deutscher Gewerkschaften. Als sozialdemokratischer Abgeordneter vertrat er von 1898 bis 1903 die württembergische Hauptstadt Stuttgart im Reichstag und im Landtag bis jetzt. Gesundheitsrückichten nötigten Klotz, auf das Reichstagsmandat zu verzichten, da er außerdem als Stadtverordneter an der Verwaltung Stuttgarts mitzuwirken hatte. So ist ein arbeits- und erfolgreiches Leben abgeschlossen. Ein tüchtiger und ein guter Mensch ist dahingegangen. Aber er hat nicht umsonst gelebt. Das Andenken des verdorbenen Gewerkschaftspioniers und Holzarbeiterorganisations Klotz wird in der deutschen Arbeiterschaft lebendig bleiben. In der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist sein Name mit unvergänglichen Letztern eingetragen.

Es buttert nicht!

Der in die Arme des M.-Glabbacher „Christentums“ gesunkene gelbe Gutenberghund hat im ganzen Jahre 1907 nur 135 Mitglieder gewonnen. Dagegen hat der zum rassistischen „Zyngaph“ (Organ des gelben Gutenberghundes) durch seinen Inspizitor Peters — früherer Hauptling des in Duisburg eingegangenen „feinen“ Ortsvereins des Gutenberghundes, jetzige Oberhaupt des „feinen“ Ortsvereins Essen gleicher Couleur und zu gleicher Zeit Stammbalter der Firma Reismann-Stone — eine gruselige Geschichte erzählt.

Wie gelogen wird?

Hinter dem Deutschen Buchdruckerverband sind die M.-Glabbacher wie der Zusef her, seitdem sie den gelben Gutenberghund in ihre Arme geschlossen haben. Mit welchen Mitteln gearbeitet wird, darüber bringt der „Buchdrucker-Korrespondent“ folgenden Beleg:

„Die Neutralität gewahrt! Unter dieser Stichmarke löst sich der über Nacht zum Christentum übergetretene „Zyngaph“ (Organ des gelben Gutenberghundes) durch seinen Inspizitor Peters — früherer Hauptling des in Duisburg eingegangenen „feinen“ Ortsvereins des Gutenberghundes, jetzige Oberhaupt des „feinen“ Ortsvereins Essen gleicher Couleur und zu gleicher Zeit Stammbalter der Firma Reismann-Stone — eine gruselige Geschichte erzählt. Wir wollen das Produkt eurer „christlichen Wahrheitsliebe“ unseren Mitgliedern nicht vorenthalten und daselbe vorzietren wiedergeben. Herr Peters berichtet:

„Die Neutralität gewahrt hat vor kurzem in Duisburg der dortige Ortsverein des Deutschen Buchdrucker-Verbandes Gelegenheit der jährgewählten Stabsverordnetenwahlen. Als Beihilfe zu den Wahlkosten der sozialdemokratischen Partei hatte der Ortsverein auf Antrag

des Bezirksvorstehenden B. Ahlbrecht eine größere Summe bewilligt. Ahlbrecht, der schon öfters als Durchfallskandidat fungiert hatte und auch diesmal von den Sozialdemokraten aufgestellt war, wollte unbedingt ins Duisburger Stadtparlament eingehen. Der Redakteur der christlich-sozialen „Duisburger Zeitung“ machte aber in der Druckerei die Verbandsmitglieder darauf aufmerksam, daß die Neutralität verletzt würde, wenn der Ortsverein Gelder für diesen Zweck bewilligte. Darauf wurde schnell eine außerordentliche Versammlung einberufen und der Beschluß rückgängig gemacht — und man war wieder neutral! Es ist noch zu erwähnen, daß die Duisburger Wähler die Sozialdemokraten — nicht wählten und Genosse Ahlbrecht sich wieder auf später verdrängen mußte.“

Sozial Warte, soviel Unwahrheiten. Aber Herr Peters, der wahrheitsliebende Christ, denkt auch: Ist die Geschichte nicht wahr, so doch gut gefunden! Und sie ist gefunden, frei gefunden — von Peters! Denn erstens hat der Bezirksvorstehende Ahlbrecht einen beschwerlichen Antrag nicht gestellt und ist auch von keinem anderen Mitgliedsgeheiß geschwiegen vom Ortsverein angenommen worden, und zweitens konnte und hat der Redakteur der „Duisburger Zeitung“ unsere Mitglieder gar nicht darauf aufmerksam gemacht, daß durch die Annahme dieses Antrages — der gar nicht vorgelesen hat — die Neutralität verletzt worden sei, mithin konnte auch keine außerordentliche Versammlung stattfinden, die den Antrag — den der Ortsverein Duisburg, nebenbei bemerkt, heute zum erstenmal zu Gesicht bekommt dank des Epitaphes des Hauptlings Peters — rückgängig machte. Alles frei erfunden von Peters!

Warum das Geschrei über „Terrorismus“?

Das erzählt uns mit anerkennenswerter Offenherzigkeit die „Mittelheimer Volkszeitung“. Nachdem sie den Leser mit einem der wie üblich einstellten oder aufgebauhten Terrorismsfälle greuslich gemacht hat, schließt sie ihren Schwindelartikel:

„Angesichts derartigen Fälle von Terrorismus aber wird man schließlich doch zu der Erkenntnis kommen, daß ein Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen eine Forderung des Tages ist.“ Also her mit einem Zuchthausgesetz, das ist des Index Kern. Die „Mittelheimer Volkszeitung“ ist ein Zentrumskblatt! Wir empfehlen dem Blatte, sich durch Eufucht in die Werkstätten zu unterrichten über den unerhörten Geisteswahnterrorismus, den die Zentrumsparteiler in Arnberg-Ölpe gegen die Wahl des katholischen Vorkämpfers Fusanget angewandt haben.

Sächs-Dundersche Gewerkschaften und politische Bewegung.

Der Zentralrat der Sächs-Dunderschen Gewerkschaften hat in Gemeinschaft mit den Generalräten neue Leitsätze ausgearbeitet. Diese Leitsätze betonen einleitend die politische Neutralität der Gewerkschaften, um gleich darauf an den Staat unter anderem folgende Forderungen zu stellen: „Vollständige Gleichberechtigung aller Berufsstände durch Unternehmern und Arbeiter, freies Kontraktionsrecht für alle Arbeiter, freies Vereins- und Versammlungsrecht, Arbeitskammern und Reichsarbeitsamt, Rechtsschutz der Berufsvereine, Verbesserung der Volksschulen, Erleichterung des Besuchs höherer Schulen für Unbemittelte, politische Gleichberechtigung in Reich, Staat und Gemeinde, Befreiung aller indirekten Steuern auf notwendige Lebensmittel und Verbrauchsgüter.“

Wenn die Sächs-Dunderschen Gewerkschaften diese Leitsätze nicht nur auf dem Papier stehen lassen wollen, müssen sie entweder als Organisationen dafür kämpfen, wodurch die angebotene „politische Neutralität“ hachab geföhrt würde. Oder die Sächs-Dunderschen Gewerkschaften müssen jeder für sich, als Staatsbürger, diese Leitsätze zur Pflicht machen ihres parteipolitischen Handelns machen, und dann fragt es sich gar nicht mehr, welcher politischen Partei die Gewerkschaften ihre Interessen anvertrauen können. Wer Augen hat zu sehen, hat in den letzten Monaten sehr viel in der politischen Arena sehen können, wenn er wollte.

Rückgang der Sächs-Dunderschen Gewerkschaften.

Der Ortsverein Kiel (Metallarbeiter) hat ein Rundschreiben erlassen, dem wir folgende Stelle entnehmen:

„Die ganze gegenwärtige Situation in der Arbeiterbewegung drängt auch die deutschen Gewerkschaften, allen vortan unsere eigene Organisation, auf neue Bahnen, wollen wir uns nicht von den Konkurrenzorganisationen — „freie“ und „christliche“ Gewerkschaften — trotz unserer erprobten Ziele, allmählich an die Wand drücken lassen.“

Wohlt noch nie, solange unser Gewerkschaft besteht, hat unsere Organisation eine so kritische Zeit durchgemacht, wie es augenblicklich der Fall ist. Denn vor aufmerksamem Auge die Entwicklung unseres Gewerkschafts in den letzten zwei Jahren verfolgt hat, dem ist die Tatsache, daß wir in dieser Zeit an Mitgliedern nicht nur nicht zugenommen, sondern daß wir Tausende davon verloren haben, nicht unbekannt. Und das, trotzdem der letzte Delegiertentag unsere Agitationskraft durch die Anstellung von 12 Agitationsbeamten und durch Erhöhung der Beiträge ganz bedeutend gestärkt hat.“

An dem Sächs-Dunderschen Gewerkschaften bewacht sich der Spruch: „Man kann nicht zwei Herren dienen.“ Die „alten Herren im Zentralrat“ haben sich so lange hartnäckig den gewerkschaftlichen Forderungen der Reizzeit verschlossen, um es mit den Unternehmern nicht zu verderben, bis den überklugen „Taktikern“ die Vereinsmitglieder davonliefen.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands

konnte im Jahre 1907 einen erfreulichen Mitgliederzuwachs feststellen. Am Jahresende des Jahres 1907 zählte der Verband 692 Mitglieder, am Jahresanfang aber 8194 (nämlich 3881 männliche und 4313 weibliche). Das ergibt einen Reingewinn von 1502 Mitgliedern, der um so höher zu veranschlagen ist, als der Verband keine Mitglieder ja nicht nur im Kampfe gegen die Prinzipalität zu werben hat, sondern gegen die Gleichgültigkeit und den Ständebübel der eigenen Kollegen kämpfen muß. Während andere Verbände dem Ständebübel der Handlungsgehilfen schmeicheln, um leichter Mitglieder einzufangen, erklärt der Zentralverband seine Aufgabe darin, die Kollegen über ihre wirtschaftliche Lage aufzuklären und sie zu überzeugten Mitstreitern zu machen. Wenn im neuen Jahre jedes Mitglied seine Pflicht tut und nach Möglichkeit hilft die Reihen verstärken, dann wird der Verband am Jahresende des neuen Jahres einen noch größeren Zuwachs verzeichnen können als im verflohenen Jahre 1907 und die Mitgliederzahl in das zweite Jahrzehnt hineinwachsen.

Der Lederarbeiterverband

hatte im Jahre 1907 59 Streiks und Lohnbewegungen, an denen insgesamt 4695 Personen beteiligt waren. Und zwar wurden geführt: 11 Angriffstreiks mit 660 Beteiligten, 40 Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit 3724 Beteiligten, 8 Bewegungen zur Abwehr einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mit 302 Beteiligten. Die Kosten der Bewegungen bezifferten sich auf insgesamt 43 000 Mk. Durch die Streiks und Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung wurde für 3500 beteiligte Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 12 110 Stunden pro Woche und für 1895 Personen eine Lohnerhöhung um 1400 Mk. pro Woche erzielt.

Kämpfe und Erfolge des Zimmererverbandes im Jahre 1907.

Der freigewerkschaftliche Zimmererverband berichtet in seinem Organ: Für 162 Verbandszahlstellen mit zusammen 24 673 Verbandsmitgliedern waren zu Beginn des Jahres 1907 die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge, die in den Vorjahren abgeschlossen sind, geregelt. Auf Grund dieser Tarifverträge erfolgte im Jahre 1907 in 103 Verbandszahlstellen mit zusammen 17 398 Verbandsmitgliedern eine Lohnverhöhung und in 12 Verbandszahlstellen mit zusammen 4635 Verbandsmitgliedern eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Außerdem stellten 125 Verbandszahlstellen mit zusammen 3668 Verbandsmitgliedern im Jahre 1907 keine Forderungen. Davon sind 22 Verbandszahlstellen mit zusammen 501 Verbandsmitgliedern erst im Berichtsjahre gegründet. Eingegangen meldeten 437 Verbandszahlstellen mit 26 679 Verbandsmitgliedern und 79 Zahlstellen mit 1180 Verbandsmitgliedern bei dem Zentralvorstand des Verbandes Lohnbewegungen, so daß wir mit 516 Lohnbewegungen, an welchen 27 979 Verbandsmitglieder beteiligt waren, zu rechnen hatten. Die Lohnverhöhungen, welche auf Grund der in den Vorjahren abgeschlossenen Tarifverträge im Jahre 1907 erfolgten, betragen pro Stunde insgesamt Mk. 389,29; die Lohnverhöhungen, welche durch Lohnbewegungen im Jahre 1907 erzielt wurden, betragen pro Stunde insgesamt Mk. 667,31. Die Arbeitszeitverkürzungen, welche auf Grund der in den Vorjahren abgeschlossenen Tarifverträge erfolgten, betragen pro Tag insgesamt 2347 Stunden; die Arbeitszeitverkürzungen, welche durch die Bewegung 1907 erzielt wurden, betragen pro Tag insgesamt 3628 Stunden. Mit anderen Worten: Im Jahre 1907 erzielte unser Zentralverband für 42 306 seiner Mitglieder die Erhöhung ihrer Stundenlohnsumme um zusammen Mk. 1366,60 und für 11 006 Mitglieder die Verkürzung ihrer täglichen Arbeitszeit um zusammen 5975 Stunden.

Internationale Rundschau.

Amerikanischer Bergarbeiterkongress.

„United Mine Workers Journal“, das Organ des großen amerikanischen Bergarbeiterbundes, bringt einen sehr umfangreichen Bericht über den am 21. Januar und die folgenden Tage abgehaltenen 10. Jahreskongress der „Vereinigten Bergleute von Amerika“. Der Bericht umfaßt über 30 Seiten des großen Blattes. Wir werden die wichtigsten Beschlüsse des Kongresses nach besprechen und uns einwirken darauf beschränken, die interessantesten Daten aus der Entwicklung unserer amerikanischen Arbeiterorganisation mitzuteilen.

Der Kongress gestaltete sich zu einer erhebenden Kundgebung für den wegen sehr geschwächter Gesundheit zurücktretenden Präsidenten Kameraden John Mitchell. Er ist 10 Jahre lang Präsident der Organisation gewesen. Wie sie sich unter seiner Leitung entwickelte, lehren folgende Zahlen. Vollbeitragende Mitglieder waren vorhanden:

1890:	20 012	1899:	61 887
1891:	17 044	1900:	115 521
1892:	19 376	1901:	198 024
1893:	14 244	1902:	175 867
1894:	17 628	1903:	247 240
1895:	19 871	1904:	251 008
1896:	9 017	1905:	264 050
1897:	30 731	1906:	280 007
1898:	32 002	1907:	280 740

Im Dezember 1907 betrug die Gesamtmitgliedschaft 300 094, das Jahr hat 35 828 neue Mitglieder gebracht. Eine besondere Beilage des Bundesorgans enthält eine Statistik der Lohnentwicklung in den nordamerikanischen Hauptbergwerkdistrikten von 1897—1907, teilweise auf Grund von Tarifverträgen bis 1908. Wir entnehmen der interessantesten Statistik, auf die wir noch zurückkommen, daß unsere amerikanischen Kameraden durch ihre Organisation unter der geschickten Führung John Mitchells bedeutende Lohnverbesserungen erlangen haben. Dem scheidenden Führer wurden begünstigte Positionen bereitet, Ehrengehalte aller Art wurden ihm überreicht, die, soweit sie in Geld bestanden, von Mitchell inselbstenden Kameraden überwiehen wurden. Im Mitchells Stelle wird einstweilen der bisherige zweite Präsident, Kamerad Lewis treten.

Der Hauptkassierer Kamerad Wilson legte einen ausführlichen Finanzbericht vor. Danach sind vom 1. Dezember 1906 bis 30. November 1907 insgesamt eingenommen 910 742,46 Dollar (1 Dollar gleich 4,25 Mk.), darunter 782 200,31 Dollar regelmäßige Mitgliederbeiträge. Ausgegeben wurden insgesamt 883 812,80 Dollar, davon für Verwaltung, Gehälter und andere persönliche Ausgaben 160 071,78 Dollar, 109 985,57 Dollar für verunglückte oder sonst sterbende Mitglieder, 6 892,10 Dollar für das Bundesorgan usw. Das in der Zentralkasse befindliche Vermögen belief sich am 1. Dezember 1907 auf 804 890,31 Dollar (über drei Millionen und 800 000 Mk.). Im vergangenen Jahre ist der Union um großen Kämpfen verschont geblieben. Außer den „Verunglückten Bergleuten“ besteht noch eine selbständige Organisation der Bergarbeiter des „amerikanischen Westens“, deren Delegierter Kamerad Hayward dem Kongress die Griffe seiner Organisation und die Versicherung überbrachte, auch diese Organisation strebe nach einer Verschmelzung mit der großen Bruderorganisation. Es wird voraussichtlich bald dazu kommen.

Aus den Mitgliederzahlen geht hervor, daß auch die amerikanische Bergarbeiterorganisation lange nur einen geringen Mitgliederbestand hatte und daß dieser oft schwankte. Von gelegentlichen Misserfolgen darf sich aber ein überzeugter Gewerkschaftler nicht irren lassen. Alle Tage scheint die Sonne nicht. Die Beweise liegen vor, daß unsere amerikanischen Kameraden nicht verzagen, sondern zähe weiterkämpfen, auch wenn sie geschlagen worden waren und der Erfolg hat ihre Mühen belohnt. Wir wünschen unseren Brüdern jenseits des Ozeans weitere Erfolge im Kampfe gegen den dort besonders brutalen Kapitalismus.

Gewerkschafts- und Parteibewegung in Rumänien.

Einem bedeutenden Beschluß faßte die in Bukarest tagende Konferenz rumänischer Partei (Sozialisten) und Gewerkschaftsdelegierten. Die „Sächs. Arbeiterzeitung“ berichtet darüber: „Auf der Tagesordnung standen nur zwei Punkte: 1. Ausarbeitung eines sozialdemokratischen Programms. 2. Ausarbeitung der Statuten für die sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Nach Antrag der Jassyer sozialistischen Delegation, die einmündete, daß die Ausarbeitung eines sozialistischen Programms Aufgabe eines nur aus sozialistischen Organisationen bestehenden Parteitag und nicht einer, wie die tagende, aus Delegierten von sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen zusammenzusetzten Konferenz ist, beschloß die Konferenz, den Punkt 1 zu streichen und ihn dem nächsten sozialistischen Kongress zuzuweisen. Beim zweiten Punkt wurde anstatt des vom Zentrum verfaßten aufstammenden Zentralisation der Organisationen hinsichtlich Statuts der „sozialistischen Vereinigung“, das die politische Zeitung in die Hände eines Zentralkomitees legte, von der Konferenz, nach einigen Debatten, der Entwurf der Jassyer Organisation angenommen, der, im Gegensatz zum ersten, den einzelnen lokalen Organisationen eine größere Autonomie gewährt und die Einleitung größerer politischer Aktionen den Beschlüssen der Majorität der Mitglieder der „Vereinigung“ durch Referendum und Parteitagbeschlüsse einräumt. Gegen die Jassyer, die für den Namen „Sozialdemokratische Vereinigung Rumänien“ eintraten, bekam die neue Partei vom Kongresse gemäß der Stuttgarter Resolution den Namen Sozialistische Vereinigung, rumänische Sektion der Internationalen“. Die Konferenz nahm dann das von der Generalkommission verfaßte Statut der „gewerkschaftlichen Vereinigung“ an. Somit wurde von der Konferenz die Trennung der sozialistischen von den gewerkschaftlichen Organisationen vollzogen, die Autonomie (Selbständigkeit) beider Bewegungen anerkannt, die sozialistische sowie die gewerkschaftliche Bewegung vereinfacht und somit die Gründung der jetzt so nötigen einheitlichen Partei vollzogen.“

Das Erwachen der amerikanischen Arbeiter.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Washington gemeldet: „Die Gewerkschaften von zwanzig der größten Städte der Vereinigten Staaten richteten an Compers, den Präsidenten des amerikanischen Arbeiterbundes, das Ersuchen, einen Arbeiterkongress einzuberufen, in dem die Nominierung eines eigenen Präsidentschaftskandidaten und die Aufstellung eines nationalen Programms erfolgen soll. In dem Antrag heißt es, daß der jetzige Präsident Roosevelt, der Kongress und die Gerichtshöfe sämtlich Werkzeuge des Kapitalismus seien, und daß deshalb die Arbeiterschaft unabhängig von den alten Parteien in den politischen Kampf eintreten müsse. Verwahrt sich diese Meldung, so darf sie als ein erfreuliches Zeichen dafür betrachtet werden, daß nun endlich auch das Gros der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Amerikas beginnt, politisch selbständig zu denken und wie es scheint, auch zu handeln.“

Knappschäftliches.

Es ist ein Skandal!

Im Allg. Knappschäftsverein zu Böhmen gehen so viele Dinge vor sich. Wir haben schon in letzter Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ darauf hingewiesen, daß die Verwaltung des Knappschäftsvereins die Knappschäftsmitglieder mit einem Zirkular beehrte, das dazu angetan war, die Bergarbeiter gegen ihre Ältesten und Organisationsleiter aufzuheben. Durch das Zirkular, das dem Zwangsstatut beigelegt war, sollte nachgewiesen werden, welcher Schaden den Knappschäftsmitgliedern entstanden sei durch die Ablehnung der Werksbesitzeranschläge. Selbstverständlich wurde im Zirkular auf die Verschlechterungen, die die Werksbesitzeranschläge mit sich brachten, hingewiesen, sondern man begnügte sich, die Sachlage in der einseitigen Weise darzustellen. Wir schreiben, daß es nicht Pflicht noch Aufgabe der Knappschäftsverwaltung sei, den Werksbesitzern gegen die Arbeitervertreter beizupringen, am allerwenigsten in solcher Form, wie es geschehen ist. Selbstverständlich nahmen die Verbandsvorstandsältesten Veranlassung, in der letzten Vorstandssitzung am Donnerstag den 13. Februar die Knappschäftsverwaltung wegen des Zirkulars zu interpellieren. Herr Kleine, der bekannte Werksvertreter erklärte, daß die Knappschäftsverwaltung nicht das Zirkular veranlaßt habe, sondern die Werksbesitzer. Die Knappschäftsverwaltung habe nichts damit zu tun. Die Werksbesitzer wollten den Arbeitern mit dem Zirkular nur Aufklärung geben, mer in der Knappschäftsfrage die Interessen der Arbeiter vertreten habe. Herr Weidmann wies auf die Erklärung der Werksbesitzer hin.

und meinte, daß wenn den Aeltesten das Zirkular un bequem sei, das doch nicht Schuld der Knappschaftsverwaltung (oder der Werksbesitzer) wäre. Herr Weidmann sprach nämlich von „unserer“ Schuld. Nun, wie dem auch sei. Aus den Erklärungen der Herren im Knappschaftsvorstand geht hervor, daß die Werksbesitzer allein mit dem Zirkular was zu schaffen hätten? Demgegenüber stellen wir aber fest, daß 1. das Zirkular in gleicher Druckerlei hergestellt worden ist, wo auch das Zwangsstatut hergestellt wurde; 2. das Papier des Zirkulars ist mit dem Wasserzeichen „Mittler. Knappschaftsverein Bochum“ versehen, und 3. kann nachgewiesen werden, daß die Knappschaftsverwaltung Zwangsstatuten mit dem Zirkular (als Beilage) versandte. Wie man angesichts solcher gravierenden Beweise sich hinstellen kann und sagen, die Knappschaftsverwaltung habe mit der Sache nichts zu tun, ist uns einfach unverständlich und unbegreiflich. Wir sagen und sind bereit, unsere Behauptungen auch vor Gericht aufrechtzuerhalten. Die Knappschaftsverwaltung hat entweder freiwillig oder veranlaßt durch die Werksbesitzer dazu beigetragen, daß die Knappschaftsmitglieder in einseitiger Weise über das Ergebnis der Ablehnung des Knappschaftsstatuts „aufgeklärt“ wurden. Und da jeder Hinweis auf irgend welche Verschlechterungen — die durch Annahme des Statuts doch erfolgten und die auch die Veranlassung zur Ablehnung des Statuts waren — fehlt, haftet auch dem Zirkular die Unwahrhaftigkeit an. Die Knappschaftsverwaltung ist nicht unschuldig an dem Zirkular und seiner Verbreitung. Nein, Herr Klein, das ist sie nicht! Die Knappschaftsverwaltung ist den Werksbesitzern gegen die Arbeitervertreter beigeprungen, dieselbe Verwaltung, die auch von den Arbeiterbeiträgen erst ihres Amtes waltete kann. Die Bergarbeiter protestieren gegen ein solches Vorgehen der Knappschaftsverwaltung. Da muß ja jedes Vertrauen zu dieser Verwaltung schwinden. Da die Dinge nun so liegen, wie wir sie hier schildern, gestatten wir uns die Frage: Wer hat die Herstellungs- und Verbreitungskosten bezahlt? Sind etwa die Knappschaftsgelder dazu verwendet worden? Wir stellen die Frage mit Recht und verlangen im Namen der Bergarbeiter Aufklärung. Dem Herrn Weidmann möchten wir anraten, einmal bei den Beiden Umfrage zu halten, wie die Bergarbeiter das Zwangsstatut und das Zirkular aufgenommen haben. Zusammenfassend haben die Bergarbeiter beides, Statut und Zirkular, in Fetzen zerrissen. Der liebe Müß, die Bergarbeiter gegen ihre Vertreter aufzusehen, war also vergeblich und nicht auch weiter vergeblich sein, wenn man den Wünschen der Bergarbeiter nicht gerecht wird.

Chrllichkeit auch im Kampf.

Am 11. August v. J. fand in Oberhausen eine öffentliche Bergarbeiterversammlung statt, in der Kamerad Sue sich auch über die Haltung der Aeltesten im Knappschaftsvorstand, soweit sie nicht Verhandlungsmittler sind, ausließ. In Nr. 33 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 17. August v. J. wurde dann in einer längeren Abhandlung gleichfalls beigelegt, daß die fünf Richterverbändler oft mit den Werksbesitzern gegen die gemeinschaftlichen Knappschaftsbestimmungen des Gewerkevereins und des Verbandes stimmten. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ bemerkte dazu: „Wieviel von den fünf noch Gewerkevereiner sind, ist uns nicht bekannt. Soviel aber steht fest, daß die fünf geschlossen unter Führung von Cassel-Altenessen immer mit den Werksbesitzern stimmten, wenn es sich um Besetzung von Ausschüssen, Delegationen usw. handelte.“ Diese Feststellungen, die mit einer Reihe von Beispielen belegt wurden, riefen in der Gewerkevereinstreife eine lebhaftere Bewegung hervor. Man schob Sue unter, daß er in Oberhausen von fünf Gewerkevereinstreife gesprochen habe, während nur ein einziger Aktivist (Schäfer) Gewerkevereiner sei. Mehr aber noch erklärte sich die Gewerkevereinstreife darüber, daß der Gewerkevereinstreife Schäfer sich nicht an das Knappschaftsreformprogramm gehalten haben sollte. Die Gewerkevereinstreife gab sofort ein Flugblatt heraus, worin gegen die Führer des alten Verbandes Front gemacht wurde — alles wurde als „unwahre Behauptungen und Verdächtigungen“ vom Gewerkeverein „festgehalten“. Aber noch während der Zeit, wo die Flugblätter noch nicht alle an den Mann gebracht waren, stellte sich heraus, daß es noch einen zweiten Gewerkevereinstreife in der Knappschaftsvorstand gab, Herr Dunder, und daß ein dritter Aeltester aus dem Vorstande, Herr Weidhoff, zu den Verhandlungen der Gewerkevereinstreife immer mit eingeladen wurde. Sie betrachteten Weidhoff als einen der ihrigen. Im Schlusse der Verhandlung und „Bergarbeiter-Zeitung“ ging Herr Buchner, der Redakteur des polnischen Organs im Gewerkeverein gegen uns vor. Er nannte uns „Auswürfe der Menschheit“, „Solche Angriffe können nur verteilte Auswürfe der menschlichen Gesellschaft gegen den Gewerkeverein machen.“ Und schließlich, als es „Individuen, die so verfahren, verdienen nichts anderes, als daß man ihnen geradezu in die Schnauze spuckt.“

In ähnlicher Weise ging der Kampf gegen die Verbändler fort. In der Versammlung am 25. August in Essen-West — dieselbe wo das christliche Gewerkevereinstreife Essen eine Sprengkollonne aus Nichtbergleuten gebildet hatte, um die Veranlassung zu führen und eventuell zur Auflösung zu bringen — erklärte der Redakteur des „Bergknappen“, Herr Imbusch, daß Schäfer zum Bureau der Gewerkevereinstreife gerufen worden sei und da habe dieser erklärt, daß er (Schäfer) sich nach dem Programm des Gewerkevereins gehalten habe. Das Programm war ebenso wie das Programm des Verbandes auf die gemeinschaftlichen Beschlüsse der preussischen Bergarbeiterkonferenzen aufgebaut. Der Bruder des Redakteurs Imbusch, der Bezirksleiter Imbusch, bestärkte in einer Versammlung in Höntrop dasselbe, was sein Bruder in Essen-West gesagt hatte. Damit ließ sich die Angelegenheit inoffiziell erledigt, als inzwischen dem gemeinsamen Vorgehen aller Verbände in der Knappschaftsreform das Wort gesprochen und die Streitart begraben wurde. Nur gegen Buchner war Klage angestrengt worden, weil sich die Verbändler einen solchen rohen Ton nicht gefallen lassen durften. Immerhin aber stand Sue trotz der „Bergarbeiter-Zeitung“ als Lügner da und es mußte, wie schon so oft, der Zukunft überlassen werden, die so notwendige Aufklärung zu bringen. Das ist in diesem Falle auch geschah durch den Prozeß „Bergarbeiter-Zeitung“-Buchner. Ob wir auf diesen Prozeß und seine Begleiterscheinungen eingehen, wollen wir noch konstatieren, daß unsere Vorwürfe sich durchaus nicht gegen die Gewerkevereinstreife selbst wie gegen die Gewerkevereinstreife im Allgemeinen richteten, sondern sie galten den Vorstandsaltesten soweit sie Gewerkevereiner oder Nichtverbändler waren. Als Zeugen zum Prozeß waren geladen auch Schäfer und Dunder, die von der „Bergarbeiter-Zeitung“ mit Angegriffenen.

Schäfer gab nun in der Tat unter Eid zu, daß er gegen die Gewerkevereinstreife im Sachungsausschuss gestimmt habe, weiter gab er zu, die Abänderungsanträge des christlichen Gewerkevereins nicht eingereicht zu haben. Im April waren diese nach Angabe der Gewerkevereinstreife schon ausgearbeitet, am 6. August wurden sie erst eingereicht.

Schäfer gab unter Eid weiter zu, gegen die Zahlung von 75 Proz. des Lohnes als Krankengeld gestimmt zu haben. Ferner gab er eine freiere Wertwahl, dann gab Schäfer zu, den Aeltesten Cassel, der ja fast immer mit den Werksbesitzern durch die dünne Luft geht, zum zweiten Vorsitzenden im Knappschaftsvorstand vorgeschlagen und gewählt zu haben.

Der zweite Zeuge Dunder wußte überhaupt nicht ob der Gewerkevereinstreife eingereicht und eingereicht hatte. In Nr. 32 des „Bergknappen“ vom 10. August 1907 wurde aber behauptet, die Gewerkevereinstreife hätten schon vor Monaten ihre Abänderungsanträge formuliert und durch ihre Vertretung im Sachungsausschuss vorbringen lassen. Schäfer behauptet aber, daß diese Anträge, obwohl sie vorlagen, nicht eingereicht hat, Dunder weiß von diesen Abänderungsanträgen überhaupt nichts für Sue und die „Bergarbeiter-Zeitung“ war dieser Prozeß eine glänzende Rechtfertigung, aber — mußte es in diesem Prozeß kommen, ohne Aufklärung kam, bis dahin galten Sue,

die „Bergarbeiter-Zeitung“ wie die Verhandlung als Lügner und Schwindler. Eifrig wurden diese Beschuldigungen von der Zentrumspreffe weiter transportiert, in Verhandlungen wurden die schärfsten Angriffe unternommen gegen die Verbändler, bis dann der Prozeß kam und die Wahrheit ans Tageslicht zertrat.

Und Herr Buchner? Wie unerhört dieser Mann seine Anklagen gegen den Verband geschleudert hat, beweist seine Haltung vor Gericht. Er mußte sich überhaupt auf die Zeugnisaussagen Schäfers und Dunders stützen, er selbst wußte gar nichts, was uns das noch nachweisen will folgenden Schreibe, mit dem uns Herr Buchner noch nach dem Prozeß, schrieb. Das Schreiben lautet wie folgt:

„Essen, den 31./1. 1908.“

„An die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“ Bochum.“

Zu Ihrem Bericht über die Schöffengerichtsverhandlung gegen mich behaupten Sie, ich soll Theologie studiert haben. Diese Behauptung ist un wahr. Ich habe weder Theologie studiert, noch jemals die Pflicht gehabt, das zu tun.

Sodann behaupten Sie, ich hätte auch nicht den Schatten eines Beweises für meine Behauptungen erbracht, machte aber keinen Versuch dazu. Auch diese Behauptung ist un wahr. Selbst aus Ihrem willkürlich zusammengebrachten Material aus meinem Artikel, aus dem alles das, was von der unehrlichen Kampfesweise der „Bergarbeiter-Zeitung“ gegen den Gewerkeverein zeugen könnte, wohlweislich fortgelassen wurde, geht unzweifelhaft hervor, daß die ganze Schärfe meines Artikels sich lediglich gegen die un wahre Behauptung der „Bergarbeiter-Zeitung“ und der übrigen sozialdemokratischen Presse richtete und allein veranlaßt war, daß der Gewerkeverein im Knappschaftsvorstand vier, ja sogar fünf Richter hatte, während es tatsächlich nur zwei waren, von denen nur zu jener Zeit, als ich den Artikel schrieb, nur einer als solcher bekannt war. Hierfür ist aber der Beweis völlig erbracht und das geht auch aus Ihrem Bericht hervor, wenn Sie feststellen, daß der Richter dieses angeblich als Milderungsgrund für meine scharfe Schreibweise bei der Urteilsbegründung hervorhob. Im Uebrigen hatte ich keinen Beweis zu führen, da ich in meinem Artikel sonst nur noch die Position des Gewerkevereins verteidigte, den als solcher — wie Sie ja selbst zugeben — in der Statutenänderungsfrage des Knappschaftsvereins auch nicht der geringste, berechtigende Vorwurf treffen kann, da er — auch wieder nach Ihrem Zugeständnis — rechtzeitig seine Pflicht getan hat. Wenn Sie daher — wie Sie sagen — bei dieser Gelegenheit dem Gewerkeverein als solchem nichts anhängen wollten, dann wäre es meines Erachtens richtiger gewesen, wenn Sie, statt von einer vier- oder fünfköpfigen Gewerkevereinstreife zu sprechen, die bekanntlich gar nicht bestand, einfach den Aeltesten Schäfer und Dunder ordentlich den Kopf gewaschen hätten — soweit es natürlich berechtigt war. Dagegen hätte ich nichts einzumenden und hätte auch nicht den betreffenden Artikel geschrieben.

Ich habe auch in meinem Artikel die Gewerkevereinstreife nicht direkt verteidigt, da ich zu jener Zeit, als ich den Artikel schreiben mußte, nicht einwandlos feststellen konnte, was an Ihren Behauptungen und denen der sozialdemokratischen Presse wahr war. Deshalb habe ich auch nur der Unwahrheit ein Licht über ihnen vorgeworfenen Handlungswiese Ausdruck gegeben, aber sie nicht direkt in Schutz genommen.

Auch die ebllichen Aussagen des Aeltesten Schäfer haben Sie falsch wiedergegeben, ich will sie aber nicht berichtigen, damit kein Kameraden nicht vorgelesen kann und will.

Zum Schluß glaube ich bei Ihnen noch so viel Ehrlichkeit und Mut voraussetzen zu dürfen, daß Sie diese Zeilen — nach der sozialdemokratischen Moral — nicht unterschlagen werden, wie das schon ein anderes, in Ihrem Sinne redigiertes Blatt mit meinen ähnlichen Ausführungen getan hat, nämlich der „Allgemeine Beobachter“-Essen, sondern daß Sie ihnen unverkürzt Raum geben.“

Glückauf!

Alex Buchner, Redakteur des „Gornik Polski“.

Herr Alexander Buchner setzt bei uns sogleich Ehrlichkeit voraus, daß wir sein Schreiben veröffentlichen und nicht nach der „sozialdemokratischen Moral“ handeln möchten. Wir wissen da schon lange, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ gerne Briefe, wie der obige veröffentlicht und solche und ähnliche auch immer von ihr veröffentlicht wurden. Es steht also Herrn Buchner sehr ähnlich, uns von vornherein mit solchem Vorwurfe zu beharren. Wenn sich aber Herr Buchner in der Redaktion des „Bergknappen“ wie in den Redaktionen der Zentrumspreffe umschauen will, dann wird er eine Reihe von uns gewünschte Veröffentlichungen und diesbezügliche Schreiben hierauf noch unerledigt vorfinden. Nach welcher Moral das vor sich ging, darüber wird Herr Buchner uns noch Auskunft geben müssen. Doch lassen wir den Brief für sich selbst sprechen. Aus ihm erfährt man weiter, in welcher unerhörten Weise wir manchmal belumpft und angegriffen werden.

Zunächst stellen wir fest, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ in dem Artikel, der von Buchner herangezogen wurde, die im Anfang in „gebrachten Darlegungen“ enthalten. Weder Sue noch die „Bergarbeiter-Zeitung“ hat von fünf Aeltesten gesprochen, sondern diese Frage offen gelassen. Aber auch Herr Buchner wußte, wie aus seinem Brief hervorgeht, daß als nicht wieviel Aelteste der Gewerkeverein im Vorstande hatte und doch überschüttete er uns in seinem Artikel, der in seinem Inhalt noch er selbst Gleiches tun muß, mit wüsten Beschimpfungen. Er wußte alle nichts, und doch gingen sie hin, wie Buchner, Imbusch usw. und stellten sich als die Wahrheitssprecher gegen uns hin. Und Buchner verteidigte noch diese Position — wie er angibt — in die der Gewerkeverein geraten war; statt selbst den Aeltesten Schäfer und Dunder den Kopf zu waschen. Dagegen sollten wir — verteilte Auswürfe der Menschheit — in die Schnauze gespuckt werden.“

Wie es aber mit der Position bestellt war, in die der Gewerkeverein durch uns gedrängt sein sollte, zeigt sich am besten wenn wir zwei Erklärungen wiedergeben, die auf Grund des Prozeßes und der Berichtserstattung hierüber von Effert und Schäfer in der „Essener Volkszeitung“ erschienen. Der erstere erschien hier am 27. Januar 1908 mit seiner Erklärung. Sie lautet:

„Eine Blamage des christlichen Gewerkevereins.“

Unter dieser Ueberschrift findet sich im „Allgemeinen Beobachter“ ein längerer Artikel, in welchem versucht wird, es so darzustellen, als habe der Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter es unterlassen, Abänderungsanträge zum ersten Sachungsausschuss zu stellen. Als Zeugen führt er den Aeltesten Dunder an. Da der Aelteste Schäfer unter seinem Eide zugibt, die Abänderungsanträge des Gewerkevereins nicht eher als am 6. August eingereicht zu haben, ist doch unzweifelhaft festzustellen, daß der Gewerkeverein Abänderungsanträge ausgearbeitet und den Vorstandsaltesten mit der Einreichung derselben beauftragt hat. In allen anderen Punkten setzt der Bericht des „Beob.“ keine Zweifel in die zugeordneten Aussagen des Herrn Schäfer. Ueber vorstehenden Punkt aber sagt er, Schäfer behauptet: Die Abänderungsanträge lagen vor, ich habe sie bloß nicht eingereicht. Dunder aber, der als Vorstandsaltester ebenfalls an den Sitzungen, wo diese Abänderungsanträge ausgearbeitet wurden, teilgenommen haben muß und der gewiß auch in alle Einzelheiten eingeweiht wurde, weiß von nichts, will gar keine Abänderungsanträge kennen. So etwas nennt der „Beobachter“ höchst merkwürdig und fragt: „Wer hat denn eigentlich die Unwahrheit gesagt, der „Bergknappe“, oder die Gewerkevereinstreife?“ Dunder hat an keiner dieser Sitzungen teilgenommen, er gehörte der Aeltestenkommission nicht an. Das ist und war auch der sozialdemokratischen Verbandsleitung längst bekannt. Ebenso war es den Führern des alten Verbandes längst bekannt, daß der Gewerkeverein den Aeltesten Schäfer beauftragt hatte, die Abänderungsanträge des Vereins dem Vorstande einzureichen und von diesen wurde ich auch gewahrt, daß Schäfer diesen Auftrag erst am 6. August ausgeführt hat. Schäfer ist die Hälfte in der Aeltestenkommission des Gewerkevereins befragt worden, hat dann auch eine Erklärung zu seiner Rechtfertigung vorgebracht. Es hat der Prozeß insofern etwas Gutes gebracht, als Schäfer selbst zugestanden hat, er habe den Auftrag nicht ausgeführt. In der Sitzung, wo die Abänderungsanträge ausgearbeitet wurden, und darin hat Buchner Recht, es war noch vor Dunder, wurde von mir der Vorschlag gemacht, Schäfer solle sofort in der nächsten Vorstandssitzung diese Anträge einreichen. Dieser Vorschlag wurde von allen Kommissionsmitgliedern, auch von Schäfer, angenommen. Außer dem ist jedem Aeltesten des Gewerkevereins ein gedrucktes Exemplar des letzten Entwurfs mit den Abänderungsanträgen zugesandt worden. Ueber die preislichste Haltung Dunders noch folgendes: Er wurde von der Zentralstelle gebeten, uns alle auf die Sachungsausschüsse

Bezug nehmendes Material zur Einsicht zu senden, da er als Vorstandsaltester doch über die Berechnungsmethode Ausschluß erhalten haben müsse. Dunder hat es nicht einmal der Mühe wert gehalten, zu antworten. Der Gewerkeverein bezug. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ und der „Bergknappe“ haben also nicht die Unwahrheit behauptet. Freilich konnten sie nicht im entferntesten ahnen, daß ein langjähriges Mitglied des Gewerkevereins und früherer Vorstandsaltester den Auftrag, die Anträge einzureichen, erst am 6. August ankündigte, und auch noch schwieg, als der „Bergknappe“ betonte, der Gewerkeverein habe die Anträge schon genügend eingereicht.

Essen, den 26. Januar 1908.

„Joh. Effert.“

Lassen wir gleich die Antwort folgen, die am 1. Februar durch Schäfer im gleichen Organ erfolgte. Sie lautet:

In der Nr. 21 vom 27. Januar 1908 der „Essener Volkszeitung“ geht der Gewerkevereinstreife Herr Johann Effert auf einen Artikel des „Allgemeinen Beobachters“-Essen ein. Dagegen hätte ich nicht einzuwenden, wenn Herr Effert nicht dazu übergegangen wäre, mich in der Knappschaftsaffäre als den „Schlinderbock“ hinzustellen, weshalb hin ich verpflichtet, eine Verleumdung zu entkräften, die den wahren Tatsachen entspricht.

Herr Effert schreibt: „Ebenso war es dem Führer des alten Verbandes längst bekannt, daß der Gewerkeverein den Aeltesten Schäfer beauftragt hatte, die Abänderungsanträge des Vereins dem Vorstande einzureichen und von diesem wurde ich auch gewahrt, daß Schäfer diesen Auftrag erst am 6. August ausgeführt hat.“ Dazu muß ich beibringen: 1. Einen Auftrag, die Abänderungsanträge schriftlich dem Vorstand einzureichen, habe ich nicht erhalten, weder vom Vorstand des Gewerkevereins nach von der Aeltestenkommission, noch vom Kameraden Effert. 2. Am 6. August ist meines Wissens der Kollege Berger-Stein beauftragt worden, mehrere Exemplare (30 oder 40) dem Vorstand zu übermitteln, worauf ich dann die Abänderungsanträge als auf Schäfer und Genossen übernahm. Ich habe also recht gehandelt. Die Abänderungsanträge des Gewerkevereins habe ich im Sachungsausschuss mündlich vorgebracht. Das habe ich auch vor Gericht erklärt, und nicht, wie Effert schreibt, daß ich selbst zugestanden, daß ich den Auftrag nicht ausgeführt hätte. Grundig sieht Herr Effert mal bei den Kollegen Romberg, Berger usw., bevor er an die Presse geht und Personen herunterreißt, wie er es mit seinem Schreiben getan hat. Ich habe im Namen des Gewerkevereins die Abänderungsanträge schon vor Dunder im Sachungsausschuss mündlich vorgebracht. Dann heißt es von Herrn Effert weiter: Es wurde von mir der Vorschlag gemacht, Schäfer solle sofort in der nächsten Vorstandssitzung diese Anträge einreichen. Davon ist mir nichts bekannt. Lieber Herr Effert, wo sind denn die Vorbrücke gehalten mit den Abänderungsanträgen, die ich einreichen sollte? Ich habe doch bloß ein Exemplar erhalten; nicht mehr wie die anderen Kollegen der Aeltesten des Gewerkevereins. Dieses zu meiner Rechtfertigung.

Boetrop, den 20. Januar 1908.

„Franz Schäfer, Knappschaftsaltester.“

Wir haben die Erklärungen vollinhaltlich wiedergegeben, da auch diese wieder zeigen, daß zur Zeit, als gegen uns das Flugblatt verbreitet wurde, weiter wir in den Versammlungen durch Imbusch u. a. als Schwindler und Verleumder hingestellt wurden, die Gewerkevereiner, ihre Zeitung, ihre Redaktionen wie überhaupt unsere Beschimpfer von gar nichts wußten, keine Ahnung hatten von dem was wirklich vorging. Und doch stellen man nur positiv-feststehende Behauptungen gegen uns auf. Bis auf das Zuspätkommen über dem „!“ wie man Sue, uns allen die gewerkschaftliche Verleumdung nach. Wir haben keine Lust, auf die beiden Erklärungen wie das Schreiben Buchners näher einzugehen. Wären unsere Kameraden selbst sagen, ob eine solche Kampfesweise wie sie gegen uns geführt wurde, sich nicht selbst richtet! Da ist man schon gezwungen, bei den feierlichsten Erklärungen sich zu hüten. Hoffen wir, daß uns solche Art und Weise des Kampfes für alle Zeit erspart bleibt. Auch im Kampfe soll man nicht mit unehren und schmutzigen Waffen kämpfen.

Witzkünde auf den Gruben.

Ruhrrevier.

Zeche Borussia (nicht Despel.) Diese Zeche ist nun einmal von jeder ein Taubenschlag gewesen für die Arbeiter und wird es auch bleiben. So kündigten im Monat Januar wieder zick 200 Mann von der ungefähr 500 Mann starken Belegschaft. Ein Beweis, daß auf Zeche Borussia die Arbeiter noch nicht am Westen entlohnt und die Behandlung auch noch keineswegs eine gute sein kann. Man sollte meinen, daß die Vorkommnisse in den letzten Jahren die Verzückung zu anderer Einsicht gebracht hätten, aber weit gefehlt, wie man aus dem kolossalen Belegschaftswechsel ersehen kann. So gehört auch Borussia zu den ersten Zechen, die eine Reduzierung des Schichtlohnes vorgenommen haben und zwar vom 1. Februar ab um 30 bis 50 Pfg. pro Schicht. Vielleicht trägt auch diese Lohnreduzierung zu den Massenkündigungen bei. Am 25. Januar verunglückte auf Schacht Despel II der Kamerad Gauer Friedrich Rüge. Derselbe war auf Ost Nr. 11 am Steinkohlen abziehen, die in einen in der Nähe liegenden Pfeiler gestürzt wurden. Als der Verunglückte den vollen Steinwagen abgezogen hatte, wollte er den leeren Wagen abziehen, stürzte aber mit dem Wagen, weil inangeführt der Förderwagen weggezogen worden war, in die Tiefe und wurde als unkenntliche Masse zu Tage gefördert. Wo ist hier der Schuldige? War eine vorschriftsmäßige Barriere vorhanden? Wer hat das Signal zum Weggehen des Förderwagens gegeben? Wo war vor allen Dingen der Sicherheitsüberwacher? Hoffentlich hat man durch die Untersuchung festgestellt, wenn in diesem Fall die Schuld beizumessen ist.

Zeche Gneissbau. Viele Beschwerden werden hier von den Arbeitern über Steiger R. geführt. Kommt er vor eine Arbeit, so ist seine erste Frage: Wieviele Kohlen hat ihr schon gefeuert? Ist die Zahl der gelieferten Wagen seiner Ansicht nach denn keine genügende, müssen sich die Arbeiter allerlei Liebenswürdigkeiten sagen lassen. So sagte er kürzlich einer Kameradschaft, daß er allein sozial leisten könne, wie sie mit acht Mann zusammenkommen. Früher hätten sie das Geld umsonst erhalten, aber das höre jetzt auf, jetzt müsse dafür gearbeitet werden. Hier möchten wir bemerken, daß wenn die Arbeiter auf das warten wollten, was Steiger R. ihnen schenkt, sie verhungern könnten. Uebrigens wäre es besser, statt solche für die Arbeiter beleidigenden Redensarten zu führen, sich genügend Holz zu sorgen, damit ausreichend verbaut werden kann.

Zeche Gantibal (Schacht II). Das Straßjosten wird hier immer schärfer gehandhabt. Die Kohlen, welche an die Arbeiter zur Ausgabe gelangen, sind schlecht und geben Anlaß zu vielen Klagen. Es wäre doch nicht zu viel verlangt, wenn man den Arbeitern für ihr gutes Geld auch gute Ware lieferte. In der Waschküche sind viele Fenstercheiben zerbrochen, sodas die Kälte freien Zutritt hat und besonders eine außerordentlich scharfe Zugluft herrscht. Ob man auf die Gesundheit der Arbeiter gar keine Rücksicht zu nehmen braucht?

Zeche Karolinnengläd. Im Revier des Steigers R., im Flöz Diebald, I. Abteilung, ist die Wetterführung so schlecht, daß die Arbeiter immer schon nach kurzer Zeit Kopfschmerzen bekommen. Trotzdem muß dort ebenfalls acht Stunden gearbeitet werden. Es ist daher kein Wunder, wenn die Arbeiter am Schluß der Schicht häufig zu erschöpft sind, daß sie die Fahrten nicht mehr herunterklettern können. Wagt aber einer, in dem Bremsberg herunterzufahren, wird er gleich bestraft. So wurden kürzlich noch drei Arbeiter, welche verbotsmäßig gefahren waren, der Bergbehörde gemeldet und mit je 15 Mk. bestraft. Wäre die Wetterführung eine bessere, dann würden die Arbeiter nicht so erschöpft und bräuchten nicht zu fahren. Trotzdem sind die Löhne sehr niedrig. So verdient eine Kameradschaft im Dezember auf 25 Schichten Kleinlohn 108 Mk. Das sind 4,32 Mk. pro Schicht.

Zeche Rönigsborn Schacht III/IV. Im Revier II der zweiten Parsohle, Flöz VII ist es so naß, daß die Knöchel durch Wasser und Schlamm mühen und am Schluß der Schicht immer völlig durchnäßt sind. Auf dem Wege zum Schacht laufen die Arbeiter Gefahr von den Pferden erschlagen zu werden. Besonders in der Nähe des Schachtes ist eine enge Kurve, die, wenn die Pferde dort stehen, kaum passiert werden kann.

Zeche König Ludwig. Die Arbeiter klagen hier viel über Lohnreduzierung, besonders im Revier des Steigers R. Ausdrücke wie Schafsköpfe, erbärmlicher Kerl, Dusekter u. i. w., sollen diesem Herrn sehr geläufig sein. Sogar an Prügel soll es für Arbeiter, die sich das gefallen lassen, nicht fehlen. Auf der VI. Sohle in der sog. Sumpffriede, wo das Wasser häufig $\frac{1}{2}$ Fuß über den Schienen steht, hat man trotz der gesundheitsschädlichen Arbeit den Arbeitern das Bedinge so reduziert, daß sie nichts mehr verdienen können. Als die Arbeiter sich darüber beim Betriebsführer beschwerten, erklärte ihnen dieser: mehr gibt es nicht und damit Schluss. Die Waghäuser ist für die große Belegschaft viel zu klein, auch laufen viele Draußen schlecht. Es wäre notwendig, daß auch einmal in dieser Beziehung für Besserung gesorgt würde.

Rehe Kohrungen. Am 17. Januar verunglückte hier im Revier des Steigers C. ein Bauer durch Steinfall tödlich und zwar wie uns mitgeteilt wird, weil es am nächsten Holz zum Verbauen gefehlt haben soll. In der Stredde, wo der Unfall passierte, sollten 120 Wagen Kohlen geladert werden, da kann man sich die Ursachen des Unfalls schon erklären. Beim Transport des Verunglückten mußte derselbe mit der Tragbahre in einen Wagen gelegt und den Brennsberg heruntergefahren werden, weil der Fahrgeschwindigkeit in einem Zustande ist, daß kaum ein Mann durchziehen kann, geschweige daß er zu solchen Transport ausreicht. Der Schacht ist sehr nah und die Arbeiter werden bei der Seilfahrt vielfach durchschüttelt. Außerdem läßt die Plünderlichkeit bei der Seilfahrt zu wünschen übrig, so daß die Arbeiter immer 15-20 Minuten später herankommen, auch ist die Stube außerordentlich stark eingeeiffen.

Rehe Mont Genis, Schacht II. Bis vor zwei Monaten wurde den Kameradschaften, welche auf das schlechte Gedings wenig bedachten, ein einleuchtendes anschauliches Bild geschrieben. Jetzt läßt man aber die Stumpfsinnigkeit mit dem Lohne laufen, der auf das niedrige Gedings verbleibt. Im Monat Dezember sind vierzehn Arbeiter von 4 bis 5 Wk. verbleibt worden. Eine Kameradschaft ließ man mit 8 Wk. laufen. Die Abnahme sollte erst am 27. Januar stattfinden. Es wird nur an einem Schalter angehängt, die Belegschaft ist aber 1500 Mann stark, und so muß man auf die paar Wochen stundenlang warten. Auch wäre es notwendig, daß während der Wartentour die Nummern für die Mittagsschicht aussteht, die Schichtarbeiter von einem anderen Beamten auszugeben würden, um das Ausbleiben nicht zu unterbrechen. Am 22. und 23. Januar wurde die Mittagsschicht mit dreiviertel Schicht ausfallen, ebenfalls mußte am 22. Januar auch die Nachtschicht nach Hause gehen, angeblich wegen Wassermangel. Wenn ausgefallen wird, werden die Arbeiter meist zu spät benachrichtigt, so daß sehr viele in Mißlichkeit fast die ganze Schicht arbeiten und nur dreiviertel gutgeschrieben bekommen.

Rehe Oberfeld, Kohregulierungen - selbstverständlich nach unten - haben auch hier stattgefunden, und zwar von 5 bis 20 Prozent. Wie sehr man auf Ordnung hält, ergibt sich auch daraus, daß täglich etwa sechs Wochen lang keine Schienenwagen zu haben waren. Wie das bei einer Belegschaft von 2800 Mann vorzunehmen kann, verstehen wir nicht. Die Ordnung und Plünderlichkeit bei der Seilfahrt läßt auch zu wünschen übrig, so daß dieselbe fast immer 15 bis 20 Minuten länger dauert, wodurch für die Arbeiter eine entsprechende Verlängerung der Schicht entsteht, die jedenfalls ungeheuerlich ist. Im Schacht der Fährbergrube ist es sehr nah, so daß die Arbeiter häufig durchschüttelt werden. Ob es wirklich unmöglich ist, die geübten Arbeitskräfte zu beschäftigen?

Rehe Propser VI. Im Revier des Steigers B. hier herrscht fast steter Holzmann, so daß sich die Arbeiter daselbst häufig von einem etwa 1000 Meter weit entfernten Schacht holen müssen, was natürlich viel Zeit in Anspruch nimmt. Beklagen sich die Arbeiter darüber, dann sagt ihnen der Steiger: „Reiset nur tüchtig Kohlen, dann erhaltet ihr auch Holz.“ Notwendig wäre auch, daß ausreichend viele Gehäusen beschafft würden, damit die Arbeiter das Gedings nicht mit auf die Fahrten heraufschleppen brauchen. Auch die Wagen könnten besser geschmiert werden, oder reicht es dazu nicht mehr?

Rehe Rheinecke, Schacht I und II. Die Reize wirkt auch hier ihre Schatten schon voraus und äußert sich besonders durch eine rigorose Handhabung des Strafsystems. So wurden vom 23. bis 28. Januar allein 74 Mann wegen Unreinheit der Kohlen mit je 1 Wk. bestraft. Es ist aber gar nicht möglich, reine Kohlen zu liefern, weil das fragliche Fäß, wo dieselben herkommen, einen Nachfall von 3 bis 9 Zoll Brandstöße hat. Dazu ist das Fäß selbst nur 24 bis 30 Zoll mächtig. Von einer Erhöhung der Gedings will der Steiger aber ebenfalls nichts wissen, statt dessen werden die Arbeiter bestraft. Durch dieses Vorgehen wird man allerdings nur erreichen, daß sich die Erbitterung der Arbeiter noch mehr wie bisher steigert.

Rehe Unter Fritsch, Schacht I. Die Waschkasse ist hier in schlechter Verfassung, die Brausen laufen schlecht, auch sind kürzlich sogar die Seilzugstöße heruntergefallen. Die Plünderlichkeit und Ordnung bei der Seilfahrt läßt auch zu wünschen übrig, wodurch den Arbeitern die Schicht aber nicht verkürzt, sondern verlängert wird. Im Revier des Steigers Dr. fehlt es fast immer an passendem Holz. Beschwerden sich die Arbeiter darüber, dann erklärt ihnen der Steiger gewöhnlich: Holz tief, mir ist es am liebsten, wenn ich Kohle ohne Holz kriegen kann. Das Gedings steht aber sehr niedrig und ohne von 4,30 Wk. für Bauer sind keine Stellen. Die Vorarbeiter befinden sich auch in schlechter Verfassung, so daß sie kaum benutzt werden können. Der nördliche Querschlag liegt zu voll stehen, daß sich die Arbeiter, wenn derselbe aufgemirbelt wird, kaum sehen können. Zu wünschen wäre auch, daß die Seilbahn eine Viertelstunde vor Beginn der Seilfahrt und während dem Schichtwechsel stillgelegt würde, damit dieselbe ohne Lebensgefahr passiert werden kann.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Lippe.

Konsolidierte Fuchgrube Bismarckschacht. Die Lohnverhältnisse sind hier außerordentlich schlecht, besonders im Revier des Steigers Sch. Sauerlöhne von 3,50-3,80 Wk. sind fast die Regel, wie aber besonders ein Familienvater damit auskommen soll, danach fragt man nicht. Als die Belegschaft im vorigen Jahre in eine Lohnbewegung trat, hielt der Grubendirektor selbst Versammlungen ab und schilberte, daß das Wert inangestell nicht gut gestellt sei und die Arbeiter dieses berücksichtigen müßten. Die Arbeiter haben das auch berücksichtigt und von ihren Forderungen nachgelassen. Seit dieser Zeit hört man aber nichts mehr davon, daß ein Pfennig zugelegt werden soll, im Gegenteil wird noch abgezogen. Will die Verwaltung mit den Arbeitern sich im Guten verständigen, muß sie bald andere Wege einschlagen.

Provinz Sachsen, Brandenburg, Thüringen

Grube Sagonia bei Bernsdorf. Sehr wenig erbauliche Zustände herrschen auf diesem Werte. Es ist daher auch kein Wunder, daß daselbst einem Traubenschlag gleicht, daß fast immer Arbeitermangel vorhanden ist, weil auch dem anspruchlosesten Grubenproletar diese Zustände auf die Dauer unerträglich werden müssen. Fast scheint es, als wenn die Verwaltung gänzlich die Bergpolizeilichen Bestimmungen kennt, oder aber, sie scheint anzunehmen, daß dieselben für Sagonia nicht existieren. Wir machen daher den Herrn Bergwerksbeamten in Gültigkeit auf dieses Werk aufmerksam. Fahrstrecken sollen nach Aussage von Grubenarbeitern nicht vorhanden sein. Die Kettenstrecke d. h. also die Förderstrecke wird auch als Fahrstrecke benutzt. Zudem sind in der Förderstrecke eine ganze Anzahl Böcher vorhanden, so daß die Unfallgefahr eine große ist. Ebenso fehlen die Laufbreiten, so daß die Leute im Wasser patzen müssen. Die Belegschaft muß aber öfters die Eins- und Ausfahrt im Pumpenschacht bewerkstelligen. Neben der Gefahr, das Dampf- oder Wasserrohrbrüche während der Mannschafsfahrt entstehen können, sind auch die Fahrten lose oder es fehlen Speichen, so daß die Gefahr des Abstürzens besteht. Solche Zustände sind einfach unerhört. Ebenso sind fast alle Abortkübel entleert oder in einem solchen Zustande, daß die Arbeiter gezwungen sind, ihre Notdurft in den Streden zu verrichten. Daß die so schon nicht gute Luft dadurch verbessert wird, kann wohl keiner behaupten und Gesundheitsfördernd ist dieses sicher auch nicht. Daß auf einem solchen Wertesort keine Vadeanstalt und keine Krankenwagen für Verletzte vorhanden ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Verletzte werden auf einem Leitwagen nach dem circa 16 Kilometer entfernten Hoyerwerder geschickt. In der Grube ist der Förderwagen Transportmittel für Verletzte und Kranke. Ueber alle diese Unannehmlichkeiten hat aber die Verwaltung noch den Mut, gebot die Löhne und Gedings erheblich zu kürzen. Auch ist kein Raum vorhanden, wo die Arbeiter ihre paar Blutzöpfe in Empfang nehmen können. Draußen im Freien müssen sie wie Vögel so lange warten, bis es den Herren passt, ganz gleich, ob grimmige Kälte oder sonstiges Wetter ist. In diesen Zuständen tragen aber die Arbeiter selbst einen großen Teil der Schuld, weil sie sich bisher um ihre Berufsorganisation sehr wenig gekümmert haben. Die Organisationszugehörigkeit ist ein sicherer Ordner für Behandlung und Entlohnung der Arbeiter. Soll es also besser werden auf Sagonia, dann muß aller Pant und Zwiespalt unter den Arbeitern, welcher nur aus den grauen trübseligen Verhältnissen heraus entsteht, beiseite gelassen werden, und jeder einzelne dem Bergarbeiterverbande beitreten.

Königreich Sachsen.

Grube Vereinigte (Oelsnitz). Ueber dieses Werk wird in letzter Zeit sehr viel geklagt, daß die Arbeiter anstatt Gedingsgehalt Strafgeld zu sehen bekommen. Der Monat Januar gibt davon ein kleines Bild, es wurden nämlich nicht weniger als 203 Wk. an Strafen verhängt. Und zwar 160 Mann wegen unerschuldigen Wegnehmens, 123 Wk. unreiner Kohlen, lieblichem Ortsbetrieb, ungebührlichem Benehmen gegen Oberhauer, Vermauern neuer Holz usw. Bestraft wurden 34 mit 0,50 Wk., 64 mit 1,00 Wk., 2 mit 1,50 Wk., 12 mit 2,00 Wk., 27 mit 3,00 Wk., 7 mit 4,00 Wk., 7 mit 5,00 Wk., 5 mit 6 Wk., 1 mit 7 Wk. und 2 Mann mit 8,00 Wk. wegen obengenannter Vergehen. Unter den

Vertrauten befinden sich Kameraden, welche den Strafgeld mit ihrem Namen mehrere Male hienon mühten. Geradezu an den Kafertenhof erinnert es, wenn ihnen wegen ungebührlichen Benehmens gegenüber einem Oberhauer bestraft wird. Sind denn die letzteren Engel? Es kommt sehr oft vor, daß gerade das Betragen der Oberhauer zu ungebührlichem Benehmen der Arbeiter Veranlassung gibt. Die neuen Wagen sind fünf Zentimeter höher als die alten, trotzdem werden von 100 geführten Wagen zehn in Abzug gebracht. Die Wagen werden am Millort so aufgestellt, daß dieselben richtig gerüstet über Tage kommen. Ein erwarteter Abzug von 10 Proz. scheint uns doch zu hoch zu sein. Kein Wunder, wenn man dann trotz Abschreibungen von 500 000 Wk. noch einen Reingewinn von 1 800 000 Wk. verstellen kann. Klage wird auch geführt, weil zu wenig Kübel vorhanden sind. Auf dem ganzen Westfeld befindet sich nur eine einzige Kibelstation. Die Kübel sind aber in der Regel so überfüllt, daß sie nicht benutzt werden können. Eine Dekantation derselben wäre auch bringen willig, ebenfalls, daß der elektrische Betrieb im Querschlag während des Mannschafsfahrens eingestellt würde. Es ist schon öfters vorgekommen, daß die Stunde umfallen, so daß sehr leicht Unfälle verurteilt werden können. Zum Schluß sei darauf hingewiesen, daß besonders über Steiger Glitsch wegen der vielen Strafen, die er verhängt, Klage geführt wird. Es ist nicht notwendig, daß bei jeder Kleinigkeit Strafen diktiert werden, besonders auch, da gerade dieser Herr die Worte nicht auf die Holzwege legt und sich der schändlichen Kassenamen den Arbeitern gegenüber beliebt.

Reichenderger Kohlenbauverein Startau. Besser wäre es, wenn der Obersteiger das hiesigen Wertes für erträgliche Verhältnisse sorgte, statt die Organisation der Arbeiter zu bekämpfen. Vor allen Dingen sollte für einen den Vorschriften entsprechenden Nachschicht gesorgt werden, der vorhandene genügt den beschiedenen Ansprüchen nicht, auch läßt die Sicherheit darin sehr zu wünschen übrig. Die Zimmerung soll sehr schlecht sein. In den Fahrten sollen die Sprossen fehlen und bei großer Kälte ist der Schacht in einen Eisblock verwandelt, so daß er zur Ausfahrt nur unter der größten Lebensgefahr zu benutzen ist. In der Grube wird über schlechte Geleise geklagt und daß die Wagen schlecht geschmiert und kaum von der Stelle zu bewegen sind. Im Tagebau steht es aus, wie in einem Brandherd. Die brennenden Kohlen werden in die Schurre geschüttet, so daß die unten beschäftigten Arbeiter fast im Rauch ersticken.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Schlesische Kohlen- und Kokswerke (Paulinenschacht). Mit Rücksicht auf die Arbeiter nicht ihren vollen Abschlag, welche die vollen Schichten verfahren hatten, sondern drei Mark weniger. So erhielten die Schleppler nur 7 Wk. Was soll man ein junger Mensch, der Kohlgeld bezahlen muß, mit 7 Wk. anfangen? Die verheiratet sind und Familie zu ernähren haben, können erst recht nicht aus, wenn ihnen der ohnehin geringe Abschlag noch gekürzt wird. Wir finden für diese jedenfalls ungerechte Maßnahme keine Erklärung.

Schlesische Kohlen- und Kokswerke (Paulinenschacht). Im dritten Revier befindet sich ein sehr energischer Oberhauer Z., welcher die ganzen Kohlen aufeinander oben haben möchte. Obgleich die Nachschicht zuviel mit Vergen zu tun hat und wenig Kohlen fördern kann, weil diese auf ausgedehnt werden müssen, erklärt er, daß ist seine Meinung. Wenn die Arbeiter mehr leisten sollen, sollte auch für Holz zum Verbauen gesorgt werden, damit die Leute nicht die ganze Grube danach abgelaufen brauchen. Auch in den Brennsbergen muß bessere Ordnung sein, damit man fördern kann, und wir raten dem Oberhauer Z., die Bergpolizeiverordnung zu studieren, damit er weiß, daß es anders aussehen muß. An Ueberwachungen, sogar Samtgeschichten, mangelt es nicht, die Leute werden gezwungen, mir bis fünf Ueberwachungen zu machen. Wir sagen der Verwaltung, daß wir keine Ueberwachungen leisten wollen, sondern: „Sechs Tage Arbeit, für sieben Tage Brot, da braucht der Bergmann keine Not.“ Wie soll es aber besser werden, wenn der Obersteiger sagt: „Leute, wenn ihr 5 Wagen fördert, bekommt ihr einen Liter Schnaps.“ Untat 50 halten diese 70 Kisten Kohlen und bekamen einen Liter reinen Pusel. Das sind ja schöne Aumpeis.

Süddeutschland und Reichslande.

Saar- und Moselgruben Schacht V. Wiederholt schon mühten wir die Verhältnisse auf diesen Gruben einer Kritik unterziehen, leider bisher erfolglos. Welche Zammellöhne hier gezahlt werden, beweist ein uns vorliegendes Lohnbuch eines Grubenschleppers. Danach verdient derselbe in den letzten 14 Monaten auf 356 1/2 Schichten einen Reinstlohn von 100,30 Wk. oder 2,77 Wk. pro Schicht. Dabei hat man diese Arbeiter unter glänzenden Versicherungen aus aller Herren Länder hierher geschickt, man hat ihnen versichert, daß sie 5,20-6 Wk. mindestens verdienen sollten, aber gehalten hat man von diesen Versicherungen, wie die Figuren zeigt, nichts. Kein Wunder, daß sich der in ihren Hoffnungen getäuschten Arbeiter eine große Erbitterung bemächtigt, so daß die Verwaltung aus Angst an den Lohntagen jedesmal Geldern zum Besche bezieht. Die angeführten Löhne sind aber noch keineswegs die niedrigsten, werden doch selbst an Saarer solche von 1,80, 2,00, 2,55 Wk. usw. gezahlt. Im letzten Lohntage erhielten einzelne Familienväter nur noch 10-55 Pf. usw. ausgezahlt. Da läßt sich die Erbitterung der Arbeiter schon begreifen und auch, daß sie scharenweise diesem Eldorado den Rücken kehren. Bei der Krankenkassenvertreterwahl soll auch alles geordnet sein, um den Bedenklichen zum Siege zu verhelfen und den Arbeitern diese Wahl zu vereiteln. Trotzdem nur 150 Wahlberechtigte da waren, sollen 164 Stimmen abgegeben worden sein. Wie ist das möglich? Aufklärung wäre hier jedenfalls sehr am Plage und hoffentlich sieht die Bergbehörde einmal nach dem Rechte.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

„Gilt bei uns noch Treu und Glauben?“

fragt der neueste „Bergknappe“ und läßt sich 2 1/2 Spalten lang über dieses interessante Thema aus. Wir dachten, das Blatt — es will doch ein Arbeiterorgan sein! — wäre unerbittlich in Gericht gegangen mit denjenigen, die im Landtage wider Treu und Glauben verheimlichten, was die bitteren Klagen der Bergleute bestätigte. Aber das tut der „Bergknappe“ nicht. Wir dachten ferner, das offizielle Gewerkeorgan hätte auf unsere Frage geantwortet, ob die Gewerkeinsdeputation wirklich so wider Treu und Glauben gehandelt hat, wie der Zentrumsmann Giesberts im Reichstag behauptete. Aber darüber schweigt sich der „Bergknappe“ völlig aus! Die ganze Arbeiterschaft ist gespannt auf die Antwort, jedoch der „Bergknappe“ hüllt sich in Schweigen, zieht aber um so entrüsteter vom Leder gegen — Hue und Pokorny! Warum die große Entrüstung? Weil Hue erklärt hat, er erachte es für seine Pflicht, das was in der Dunkelkammer des Landtages gegen die Bergarbeiterinteressen gesündigt wurde, der Öffentlichkeit mitzuteilen, und weil Pokorny in der Essener Versammlung vom 2. Februar geäußert hat, Hue habe durchaus richtig im Bergarbeiterinteresse gehandelt, als er das „vertrauliche Material“ über das rigorose Nullen dem ganzen Volke mitteilte. Das hat die sittliche Entrüstung des sanftlebigen „Bergknappen“ lichterloh entflammt; er freißt wie eine hysterische Jungfrau über „freche Beleidigung des ehrenhaften Bergarbeiterstandes“, die begangen werde wenn man behauptet, die Vergleute seien einverstanden mit der Aufdeckung des vertraulichen Materials. Der „Bergknappe“ will gerade nicht die Geheimhaltung des Nullenmaterials verteidigen, aber er sagt, nachdem es vertraulich mitgeteilt sei, habe derjenige, der es trotzdem veröffentlichte, „gegen Treu und Glauben“ gehandelt. Hue habe das Material auch verschweigen müssen, wenn er ein vertrauenswürdig Mensch sein wollte. Er verdiene kein Vertrauen mehr. Gräßlich!

Wir wollen zunächst einmal feststellen, daß das Organ des **Städt. Dürkerischen Gewerkevereins der Bergarbeiter**, und das

Blatt der polnischen Bergarbeitervereinigung unsren Kameraden Hue durchaus nicht beschuldigen, er habe treulos gehandelt. Da auch wir es nicht tun, so bleibt als einzige sittenstrenge Säule „für Treu und Glauben“ der „Bergknappe“ — ausgerechnet der „Bergknappe“! — übrig, zur Hilfeleistung für die Zentrumsmann und Werkpresse. Wenn in diese Affäre nicht auch Zentrumsparteiler als Vertuschter der Grubenmißstände verwickelt wären, kein Entrüstungswort über den „Treubruch“ wäre im „Bergknappen“ zu finden. Das ist kurz gesagt das Motto der Bergknappenentrüstung.

Dann aber die Frage: Hat denn unser Kamerad Hue das Material erhalten mit der Verpflichtung, es vertraulich zu behandeln? Nein! Dem Kameraden Hue ist keinerlei Schweigegebot auferlegt worden, er hätte sich natürlich auch nicht zum Schweigen verpflichtet. Da kein Schweigegebot vorlag für Hue, so fällt schon deshalb die ganze „christliche“ Entrüstungskomödie kläglich zusammen. Es ist Theaterdommer, hinter dem eine oberfaule Sache versteckt werden soll.

Wollte der „Bergknappe“ sich entrüsten über Verleumdung gegen Treu und Glauben, dann müßte er die allerschärfsten Angriffe richten gegen diejenigen, die sich wider Treu und Glauben Geheimmaterial in die Hand stecken ließen, es auch verschwiegen als man in der Werkpresse die kämpfenden Vergleute in der freibestimmten Weise verleumdete, sie lägen und übertrieben die Grubenmißstände! Man beachte: in den Händen einer Anzahl Parteipolitiker — darunter beachte sich neben anderen Zentrumskleinen auch der glorreiche Gewerkevereinsgründer Brust! — befinden sich die Beweise dafür, daß tatsächlich noch stärker gemißt worden ist wie die Bergarbeitervertreter behaupteten. Aber die Wissenden schweigen, sie beantworten auch nicht die Veröffentlichung des für die Bergarbeiter günstigen Materials, sondern ruhig zu, wie die kämpfenden Bergarbeiter zu Unrecht beschimpft und verleumdete werden! Ueber diese krassen Bergarbeiterfeindschaft schüttet der „Bergknappe“ nicht die Schale seiner Entrüstung aus, sondern „wider Treu und Glauben“ sollen gehandelt haben Hue, weil er im Reichstag das den Bergarbeitern angetane schändliche Unrecht enthüllte und Pokorny, weil er diese gute Tat lobte. Was man nicht alles erlebt.

In der kampfhaften Sucht, seine als Bergarbeiterfeinde entlarvten Zentrumsparteigenossen zu entschuldigen, fällt der „Bergknappe“ aus der einstudierten Rolle der „sachlichen Vornehmheit“ und eifert in der fassam bekannnten Tonart des „Geheißschmiedes“ Brust. Wie dieser glorreiche Gewerkevereinsgründer die Verheimlichung des Nullenmaterials mit den Worten der Rechenvertreter zu beschönigen versucht, und die energischen Arbeitervertreter beschimpft, so macht es jetzt auch der „Bergknappe“.

Die alten Zeiten kehren wieder. August der Starke wird seine helle Freude an seinem Nachbimmelung haben. Den guten August hat man angeblich „wegen seiner rohen Schreibweise“ in die Büchse geschickt, aber besser hat er nie „mit der Hacke“ geschrieben wie der talentvolle Verfasser des Entrüstungsartikels im „Bergknappen“. Genialer hat August niemals die sittenstrenge Anschuldigung gemitt wie sein Nachfolger. Wenn August den sittlich Entrüsteten herauskehrte, dann mühten wir, daß unser großer Zeitgenosse elend in der Klemme saß.

Hundertmal haben Zentrumsmann- und Gewerkevereinsblätter aus dem Guederlager flammende, nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Briefe, Zirkulare usw. usw. schmutzgelind veröffentlicht; hundertmal haben sie geschrieben, was „der bekannte günstige Wind“ ihnen zuwehe, werde benutzt, um die Pläne der Gegner zu durchkreuzen. Und nun, wo unser Kamerad Hue zur Rechtfertigung der beschimpften Vergleute ihm bekannt gewordenen Material der Öffentlichkeit mitteilte, da soll das „wider Treu und Glauben“ sein! Diese Behauptung wäre mir lächerlich, wenn man nicht auch die traurige Tatsache zu konstatieren hätte, daß ein Arbeiterblatt, der „Bergknappe“, sich — aus parteipolitischen Motiven — zum Anwalt der Wahrheitsvertischer hergibt. Das sei hiermit festgenagelt.

Gelingen ist nun, daß sich wider Willen die „Bergknappen“-entrüstung tatsächlich gegen den Zentrumstrategen August Brust richtet! Dieser brave Zentrumsmann saß in der Dunkelkammer des Landtages, hat das vertrauliche Material mit Schweigegebot entgegengenommen; er hat aber nicht nur in einer Utensessener Versammlung 1905 „andeutungsweise“ von dem vertraulichen Material gesprochen, sondern jagte auch nach dem antilichen Stenogramm am 18. Mai 1905 im Landtage:

„Nach dem uns vorgelegten Material ist auf einzelnen Gruben, deren Namen ich nicht nennen kann, weil uns das Material vertraulich übergeben wurde, einzelnen Kameradschaften bis zu 10, 17, 18, 20, 24, ja bis zu 28 Proz. der gesamten Monatsförderung gemißt worden. Meine Herren, wenn das kein rigoroses Nullen ist, dann begreife ich nicht, was man schließlich noch als berechtigten Grund zu Klagen der Bergarbeiter anerkennen will.“

Hierdurch wurde Kamerad Hue erst aufmerksam auf die Wahrheitsvertuschung und „schmiffelte“ weiter nach. Also, der glorreiche Gewerkevereinsgründer und Zentrumsmann geordnete Brust hat trotz des ihm auferlegten Schweigegebots über die Sache gesprochen!!! Bitte, entrüsteter „Bergknappe“, verschwende deine Sittenpredigt an das hochberühmte Gewerkevereins- und Zentrumstraktionsmitglied August Brust. Das ist der Mann, der nach den Worten des „Bergknappen“ „wider Treu und Glauben“ gehandelt hat, als er das ihm auferlegte Schweigegebot brach. Das ist der Mann, der am schlimmsten von allen Kommissionsmitgliedern wider Treu und Glauben gegen die Bergarbeiter gehandelt hat, als er in der Landtagskommission — er als früherer Bergarbeiter! — sich das für die Bergarbeiter so günstige Material vertraulich in die Hand drücken ließ und nicht einmal gegen diese Vertuschung des den Vergleuten angetanen Unrechts protestierte! Krasser hat sich noch niemals herausgestellt, wohin sich „Arbeitervertreter“ innerhalb der Zentrumspartei entwickeln.

Wir bitten den entrüsteten „Bergknappen“, in seinen engeren Bekannten- und Mitarbeiterkreisen sich zu erkundigen, ob dort niemand vor dem 18. Januar 1908 Kenntnis gehabt hat von der Wahrheitsvertuschung in der Dunkelkammer des preußischen

Handtags! Wir bitten sehr darum, die Vergleute sind gespannt auf die Auskunft.

Wir erwarten ferner von dem offiziellen Gewerkevereinsorgan, daß es nun endlich den Gewerkevereinsmitgliedern und den anderen Vergleuten mitteilt, ob die Gewerkevereinsdeputation 1908 der Zentrumsfraktion doch angetreten hat, das verhängte Knappschaftsgefeß anzunehmen.

Beleidiungsprozeß. Vor dem Schöffengericht in Steele hatte sich am Mittwoch, den 12. Februar d. J. der Bergmann Johann Helms aus Steele wegen Beleidigung der Vorstandsmitglieder des Vergarbeiterverbandes zu verantworten.

Gründend. Der Pächter der Wirtschaft Wein hält es nicht für notwendig, den Arbeitern sein Lokal zur Verfügung zu stellen. Die Großen der Arbeiter sind dem Herrn allerdings gut genug, aber wenn dieselben einmal seinen Saal zur Versammlung haben wollen, sucht er nach allerlei Ausreden, um sie hinzuhalten.

Heute bei Vier. Achtung Knappschaftsmitglieder! Zu der am Sonnabend, den 22. Februar, stattfindenden Knappschaftsneuwahl sind seitens des Verbandes die Kameraden

Sorgau. Herr Gastwirt Heilmann, Besitzer des Gasthauses „zum eisernen Helm“ in Sorgau, scheint von einem bösen Geiste geplagt zu sein. Bisher konnten bei ihm nicht genug Versammlungen abgehalten werden, was beweist, wie sehr er auf die Arbeitergroßen angewiesen ist.

Lohnbewegungen und Streiks.

Unser Verband war in letzter Zeit an mehreren Streiks beteiligt, die aber sämtlich einen aufsteigenden Ausgang für die Vergarbeiter nahmen. Auf Jacht Marginal bei Gamm streikten die Vergarbeiter, weil man ihnen eine Schichtverlängerung zumutete.

Herr Direktor hat es also nicht nötig, sich in den Wasserplut zu stürzen, um so dem Betriebsführer ein schlechtes Beispiel geben zu wollen, der über das Verhalten der Belegschaft sich auch schon mit mehrmaligen Gedanken trug.

Differenzen zwischen Werk und Arbeitern brachen auch auf Grube Glückauf bei Reichenan aus. Hier wurden bisher die Arbeiten in Schichtlohn ausgeführt und betrug der Lohn 8,70 Mk.

Die dritte Differenz betrifft wieder das Ruhrrevier, und zwar kommt hier die Jechte Freie Vogel und Unverhofft in Schüren in Frage. Hier handelte es sich nicht um die Gesamtbelegschaft, sondern nur derjenige Teil trat in den Aufstand, der im Revier des Steigers Deckert arbeitete.

Auf Grube Kraft bei Throna, Königreich Sachsen, ist die Belegschaft nach Abbruch der ordnungsmäßigen Arbeitszeit in den Aufstand getreten, weil, wie wir schon mitgeteilt haben, die Verwaltung die Schichtzeit von 8 auf 10 Stunden verlängert hat.

Briefkasten.

G. Pl., Gännsfeld. Wir können solche heisse Dinge, die für uns nicht klar liegen, nicht aufnehmen. Der Arzt hat nicht die Pflicht, zu Hause sitzen zu bleiben, bis er gerufen wird, aber das Recht, wenn er verehrt, sich vertreten zu lassen.

Verbandsnachrichten.

Für folgende Zahlstellen versenden wir mit der heutigen Zeitungsendung die bestellten Zahlstellenstempel: Wombaden, Zorn (Wegel Leipzig), Grevel, Gamm-Nord, Hermsdorf (Stadt), Goltershausen bei Wanne, Langenbochum, Langwälderbach, Neudorf, Steinen, Sterkrade II, Sulzbach (Oberpfalz), Giesel.

Den Verbandskameraden von Aley auf wiederholte Anfragen zur Nachricht, daß der frühere Bergmann jetzige Gemeindeführer Heinrich Meule nicht mehr dem Verbands angehört, sondern getrieben wurde, weil er acht Monate mit seinen Beiträgen im Rückstande war.

Niederschlesische Knappschaftsmitglieder!

Auf Anfrage hin, teilen wir folgendes mit. Die Freizügigkeitsbestimmungen des neuen Knappschaftsgefeßes finden keine Anwendung für diejenigen niederschlesischen Kameraden, die vor dem 1. Januar aus Nieder-schlesien z. B. nach Westfalen ausgewandert sind.

Solche Kameraden aber, die bis vor dem 1. Januar die doppelten Beiträge (ihre und die Werksbeiträge) noch nach Niederschlesien zahlten, damit sie ihre Ansprüche nicht nur aufrecht hielten, sondern diese auch noch freizügeln, können diese doppelten Beiträge vom 1. Januar 1908 nur dann noch weiter zahlen, wenn sie entweder nicht mehr auf Vergewerke beschäftigt sind, oder wegen ihres Alters oder Gesundheit zu nicht mehr in ihre jetzige Pensionskasse z. B. Bochumer Knappschaftsverein nicht aufgenommen werden können.

Achtung Bezirke Bochum, Linden, Gattingen.

Wegen der Schützenhofversammlung finden in nachstehenden Zahlstellen am Sonntag, den 23. Februar, keine Zahlstellenversammlungen statt: Linden, Bornholz = Durchholz, Langendreer, Saer, Bochum IV und Despel II.

Achtung! Margloh-Samborn.

Bon fest an befindet sich das Rechtschreibbureau in Samborn, Rannenbergrstraße Nr. 79, im Hause des Herrn Bensch (direkt am Bürgermeisteramt). Die Sprechstunden werden vorläufig an jedem Dienstag von 9-12 Uhr vormittags und 2-7 Uhr nachmittags abgehalten.

Auszahlung der Krankenunterstützung.

Kayna. Die Auszahlung der Krankenunterstützung erfolgt jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat vormittags von 8-10 Uhr in der Wohnung des Kassierers Emil Löser in Kayna. Krankenheute und Verbandsbuch sind mitzubringen.

Bücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben: Gals, vom 10. bis 15. März; Brambauer, vom 1. bis 15. März; Markranst. Sonntag, den 23. Februar; Bodelschwingh, Sonntag, den 23. Februar und 1. März; Kayna-Zettweil, vom 23. Februar bis 15. März; Zaberge (West). Am Sonntag, den 1. März, Die Mitglieder wollen ihre Bücher in Ordnung machen und bis zum obigen Tage an den ersten Vertrauensmann abgeben.

Bibliotheken.

Gelsenkirchen II. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß mit dem 1. Februar unsere Bibliothek eröffnet wird. Die Ausgabe der Bücher erfolgt in der Wohnung des Kameraden Lorenz Genclich, Leopoldstraße 70. Das Mitgliedsbuch ist bei der Inanspruchnahme stets mitzubringen.

Wald. Mitglieder, welche von hier nach anderen Zahlstellen verziehen, werden ersucht, sich umzumelden und etwaiges Verbandsmaterial bei dem Vertrauensmann W. Nordt, Alfeld, Poststr. 1, abzugeben.

Hausham. Während der Abwesenheit des Kameraden Straffer werden die Zahlstellengeschäfte vom zweiten Vertrauensmann Paul Schützner in Hausham erledigt.

Zaberge-Dorf. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß ab 1. Januar d. J. monatlich 10 Pf. Lokalbeitrag erhoben werden und wird um pünktliche Zahlung ersucht.

Zur Beachtung für unsere Mitglieder.

- Jedes Mitglied ist verpflichtet: a) Pünktlich seine Beiträge zu bezahlen, da sonst Verzicht der statutarischen Unterstüßungen eintritt. b) Freie die Ausbreitung des Verbandes tätig zu sein. c) Durch gestieles kameradschaftliches Verhalten der Organisation Ehre zu machen. d) Sich bei Krankheit oder Abreise von der Zahlstelle ab- und in der neuen Zahlstelle anzumelden. e) Bei Krankheitsfällen, wenn eine 2wöchige Mitgliedschaft vorhanden ist, sich nach Ablauf der ersten 14 Tage unter Verzeichnung des Mitgliedsbuches und Krankenscheines beim Vertrauensmann zu melden. f) Bei Arbeitslosigkeit, wenn mindestens 52 Wochen volle Beiträge entrichtet sind, sofort beim Vertrauensmann zu melden. g) An allen Mitgliederversammlungen teilzunehmen. h) Die Bestimmungen des Statuts sowie die Beschlüsse der Verbandsorgane, Verbandstage und Mitgliederversammlungen zu befolgen.

Rechte der Mitglieder siehe § 14 bis 23 des Verbandsstatuts.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Unterweilbach. Jeden letzten Sonntag im Monat, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Gasthof „Zum Hirsche“.

Jeden Sonntag nach dem 20. des Monats: Gollersbau. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Adam.

Jeden vierten Sonntag im Monat: Altenburg. Nachmittags 4 Uhr, im „Goldenen Engel“.

Jeden letzten Sonntag im Monat: Alt-Böhl. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Böhm (Brauetel).

Wombaden. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Götze, Lindengarten.

Wald. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Götze, Lindengarten.

Wald. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Götze, Lindengarten.

Wald. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Götze, Lindengarten.

Wald. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Götze, Lindengarten.

Wald. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Götze, Lindengarten.

Wald. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Götze, Lindengarten.

Wald. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Götze, Lindengarten.

Wald. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Götze, Lindengarten.

Wald. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Götze, Lindengarten.

Wald. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Götze, Lindengarten.

Wald. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Götze, Lindengarten.

Wald. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Götze, Lindengarten.

Wald. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Götze, Lindengarten.

Wald. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Götze, Lindengarten.

Wald. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Götze, Lindengarten.

Wald. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Götze, Lindengarten.

Wald. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Götze, Lindengarten.

Wald. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Götze, Lindengarten.

Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen.

